

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mark, bei Selbstabholung 1 Mark - Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark, für 1 Monat 1 Mark (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg. monatlich 14 Pfg.)

Redaktion:  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Fernsprecher: 13 693.

Inseratskosten die halbpaltene Zeitzeile oder deren Raum 20 Pfg., bei Plagvorkauf 15 Pfg. Schwertiger Satz nach höherem Tarif - Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.- Mark jedes Tausend bei Zellaufgabe 5.- Mark - Schluss der Annahme von Inseraten für die 1800te Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 Fernsprecher 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher 2721.

## Wilson's Rede zum zweiten Amtsantritt. Parlamentarische Auflösung in Australien.

### Jahrestage des Weltkriegs.

7. März 1916. Vor Verbund die französische Stellung in 8 Kilometer Breite und 3 Kilometer Tiefe erstreckt; die Dörfer Jorges und Regnville und die Höhen des Maden- und des kleinen Gunters-Abades genommen; 3277 Mann und 58 Offiziere gefangen. - Im Weyre das Dorf Frednes erobert, 700 Franzosen gefangen. - Der neue englische Marineetat sieht ein Personal von 350 000 Mann vor. - Die Türkei behält die Dienstpflicht auf das 50. Lebensjahr aus.

### Die neuesten Meldungen.

#### Die Lage in Australien.

Amsterdam, 6. März. Aus einer Meldung des Manchester Guardian, die vor dem Bekanntwerden der Auflösung des australischen Parlaments veröffentlicht wurde, geht hervor, daß die Lage in Australien folgendermaßen ist: Die Hälfte des Senats wird vor Juli neu gewählt werden und die Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses endet im Oktober. Hughes hat die Absicht, das Abgeordnetenhaus aufzulösen, aber die übrige lebende Hälfte des Senats kann nicht nach Hause geschickt werden und besteht aus 14 Oppositionellen und 4 Anhängern von Hughes. Hughes wird deshalb bei der Wahl für die Hälfte des Senats, die neu gewählt wird, einen überwältigenden Sieg davontragen müssen. Auf jeden Fall steht es fest, daß Hughes nicht zur Reichskonferenz kommen wird. Der Oberkommissar für Australien, Fisher, wird vermutlich Hughes vertreten, er wird aber nicht mit allen Vollmachten ausgestattet sein und wird lediglich die Interessen Australiens zu wahren suchen. Wegen der Ereignisse in Australien kann die Konferenz sehr bald eröffnet werden, da man nur noch auf Hughes gewartet hatte.

#### Unterhausdebatten.

Rotterdam, 6. März. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses sagte der liberale Abgeordnete Lambert, daß das Kriegsamt besser getan hätte, 10 000 Mann aus Saloniki wegzunehmen, als sie der Landwirtschaft zu entziehen. Sir J. D. Herbert (Liberal) sagte, die wichtigste Frage sei im Augenblick nicht das Soldatenmaterial für die Fortführung des Krieges. Churchill sagte, er zweifle, ob man dieses Jahr entscheidende Resultate werde erreichen können. Er hoffe, daß die Regierung ihre Heere nicht für einen Kampf in gewaltigem Maßstabe verwenden werde, wenn sie nicht absolut sicher wäre, daß man dadurch zu der entscheidenden Phase vorwärts schreite. Bonar Law lehnte es ab, sich für oder gegen die Expedition von Saloniki zu äußern. Es handle sich nicht mehr allein um die Politik der englischen Regierung. Die Alliierten verfolgten jetzt eine gemeinsame Politik im nahen Osten. Von einer Geheimfugung, die Churchill vorgezogen hätte, versprach sich Bonar Law keinen Nutzen. Paterson sagte in Verantwortung einer Frage, daß der Kartoffelmarkt in England, sondern in der ganzen Welt herrsche. Wenn man fortfähre, in dem bisherigen Verhältnis Kartoffeln zu essen, so würde wahrscheinlich am Ende des Frühjahrssommer Anfang des Sommers überhaupt niemand mehr Kartoffeln bekommen. Leute, die von andern Nahrungsmitteln leben könnten, sollten sich der Kartoffeln enthalten, damit der Vorrat für die Armen reiche. Er glaube nicht, daß die Landwirte Kartoffeln zurückließen.

#### Eingebrachte Preise.

Hamburg, 7. März. Der mit einer Ladung Salpeter nach England bestimmte Dampfer Alvingstone ist in der Nordsee aufgebrochen und wegen Beförderung von Bannewave als Preise nach Hamburg eingebracht worden.

#### Gegen die Konferenz der Entente-Sozialisten.

Bern, 7. März. Die leitende sozialistische Partei läßt in der Berner Tagwacht erklären, daß sie die Teilnahme an der geplanten Konferenz der Entente-Sozialisten entschieden ablehne. (Frankfurter Zeitung.)

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 6. März befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

### Vom Tage.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus wird uns vom Dienstag geschrieben:

Die Beratung des Landwirtschaftsetats brachte alsbald die große Ernährungsdebatte, wie wir sie in ganz ähnlicher Weise in jedem der verflochtenen Kriegsjahre erlebt haben. Dem Thema lassen sich, so aktuell und von so gewaltiger inner- und auherpolitischer Bedeutung es auch ist, neue Seiten kaum noch abgewinnen. Es ist das alte Bild: die Rechte betont voller Selbstbewußtsein die enorme Wichtigkeit der Volksernährung für den Ausgang des Krieges und verlangt demgemäß jede erdenkliche finanzielle Hilfe. Nicht nur durch organisatorische Unterstützung der Landwirtschaft, sondern auch durch entsprechend hohe und immer höhere Preise, damit auch der nötige „Anreiz“ für die landwirtschaftliche Produktion vorhanden ist. Die Linke dagegen verlangt zwar auch jede mögliche Unterstützung der Landwirtschaft durch Zuführung von Düngern, Gespannen, Maschinen und menschlichen Arbeitskräften, vertritt aber zugleich die Ansicht, daß die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse das erträglichste Maß bereits beträchtlich überschritten haben und jede weitere Steigerung eine unverantwortliche Schröpfung des Publikums ist. Und das Resultat all dieser Ausreden pflegt dann zu sein, daß die Lebensmittelpreise immer mehr steigen und die Not der breiten Massen immer schlimmer wird! Der wohlorganisierte Einfluß des Agrarierturns und der mit ihm zusammengehenden Kreise und die rücksichtslose politische Energie dieser Schichten verfehlen sich eben Geltung zu verschaffen, während man die noch so geräuschvolle Kritik der Linken nicht besonders tragisch nimmt. Man weiß ja, daß hinter den scharfen Worten der Fortschrittler und der Regierungsozialisten doch nicht der Wille steht, es auf einen erneuten Konflikt ankommen zu lassen. Deshalb bleibt es trotz Waterloo und aller Verträge bei dem alten System der „Kureize“ - das Murren der Massen beschwichtigt man, so gut es eben gehen will, mit „Hindenburgspeck“ und ähnlichen kleinen Mitteln.

Den Standpunkt der Rechten vertrat am entschiedensten der konservative Hoesch, der gegen alle unbenommenen Eingriffe des Kriegsernährungspräsidenten Verwahrung einlegte und den Landwirtschaftsminister gegen seine Zähler verteidigte. Kläglich schon seien die Maßbefugnisse des preussischen Landwirtschaftsministeriums eingeschränkt worden. Man liefere der Landwirtschaft die nötigen Gespanne, Arbeitskräfte, man garantiere ihr entsprechend hohe Preise und sie werde ihre vaterländische Pflicht erfüllen. Erhöhung der Getreidepreise sei dringend geboten, dagegen sei es unbegreiflich, wie man an eine Verabfolgung der Viehpreise denken könne. Der Abgeordnete Lippmann (Sp.) bestritt die Notwendigkeit weiterer Preis erhöhungen, da der sehr lebhaft Güterhandel und die sehr hohen Getreidepreise hinlänglich die außerordentliche Prosperität der Landwirtschaft bewiesen. Deshalb sei es auch sehr bedauerlich, daß man die kleine Verabminderung der Viehpreise sofort wieder durch Erhöhung der Getreidepreise wettmachen wolle.

Für die „Mehrheitsfraktion“ sprach Otto Braun. Er betonte die Notwendigkeit einer ausreichenden Lebensmittelproduktion für das Durchhalten, und forderte deshalb Ausbarmachung aller vorhandenen Anbauflächen, ausreichende Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichem Dünger und Bereitstellung aller notwendigen Arbeitskräfte. Der agrarische Auf nach höheren Preisen begehrte seinem lebhaften Widerspruch. Namentlich auch die Kartoffelpreise seien, gemessen an den Erzeugungskosten, viel zu hoch. Der Neuburger schloß eingehend die Notlage der ländlichen, insbesondere der proletarischen Schichten. Mit scharfen Worten kennzeichnete er den Unfug, der mit allerhand Konserven verläßt werde, ohne daß dagegen bisher zum Schutze des betroffenen Publikums eingeschritten werde. Ueberhaupt ließe es Braun an kräftigen Tönen nicht fehlen, schloß er seine Rede doch mit der Mahnung, daß die Regierung unter allen Umständen die Ernährungsfrage für die Massen lösen müsse, wolle sie nicht gewärtigen, daß auch die Arbeiter nach dem Grundjah handeln: „Not kennt kein Gebot“.

Worte freilich tun es nicht. Das wird auch der preussische Landwirtschaftsminister denken, der zudem nach der vehementen

Scheinnahe Scheidemanns noch auf eine ganz andre Abrechnung hätte gefaßt sein müssen, als sie ihm dessen Vorstandskollege Otto Braun widerfahren ließ.

Am Montag hat Präsident Wilson seine zweite Präsidentschaftsperiode durch Ablegung des Amtes auf dem Kapitol angetreten. Dabei hat er eine Botschaft verlesen, in der es nach einer vom Wolffschen Bureau weitergegebenen Neutermelbung heißt:

Von Anfang an bräute der Krieg unvermeidlicherweise unserm Gelfe, unserm Handel und unserm Politik seinen Stempel auf. Es war unmöglich, ihm gleichgültig oder unabhätigig gegenüberzustehen. Trotz vieler Meinungsverschiedenheiten wurden wir einander nähergebracht. Man wagt uns zur See großes Unrecht zu.

Wir hätten aber nicht den Wunsch, mit Unrecht und Beleidigung zu antworten. Obwohl einige der uns angefügten Uebel unerträglich waren, waren wir uns stets bewußt, daß wir nicht für uns selbst wünschten, was wir nicht für die ganze Menschheit zu fordern bereit wären, nämlich rechtshaffenes Handeln (fair dealing), Gerechtigkeit und Freiheit zu leben und Schutz vor organisiertem Unrecht. In diesem Gelfe und mit diesem Gedanken gelangten wir mehr und mehr zu der Ueberzeugung, daß es unsere Aufgabe sein muß, für die Erhaltung und Stärkung des Friedens zu arbeiten. Wir mußten uns bewaffnen, um unsern Anspruch auf ein gewisses Mindestmaß von Recht und Freiheit des Handels durchzusetzen. Wir stehen seit in bewaffneter Neutralität, weil es scheint, daß wir auf keine andre Weise ausdrücken können, worauf wir bestehen und was wir nicht mitteilen können. Es kann sogar sein, daß wir durch die Umstände zu einer aktiven Verteidigung unser Rechte und zu einer mehr unmittelbaren Teilnahme an dem großen Kampfe veranlaßt werden. Aber nichts wird unsre Ideen und unsern Zweck ändern. Wir wünschen weder zu erobern, noch Vorteile zu erringen. Wir wünschen nichts, was nur auf Kosten eines andern Volkes erreicht werden kann. Wir sind nicht länger Provinzialer: die tragischen Ereignisse dieser Monate des Kampfes auf Leben und Tod haben uns zu Weltbürgern gemacht. Wir können nicht zurück. Unser einziges Gesicht als Nation steht auf dem Spiel. Das Folgende ist es, wofür wir eintreten werden: Daß alle Nationen gleichviel Interesse am Weltfrieden und an der politischen Stabilität der freien Völker haben und dafür in gleichem Maße verantwortlich sind, daß das wichtigste Prinzip des Friedens die wirkliche Gleichheit der Völker in allen Rechtsfragen ist, daß der Friede sich nicht sicher und gerechter stellen auf ein schwebendes Nichts stellen können kann, daß die Nationen alle gerechtigkeit (fair dealing) (just power) von der Zustimmung der Amerikaner ableiten, daß die Meere gleich frei und sicher für alle Nationen sein sollen nach Gesetzen, die durch gemeinsames Abkommen festgelegt werden, daß die Nationen der Völker auf die innere Ordnung eines Landes und die häusliche Sicherheit beschränkt werden sollen und daß es nicht jedes Volkes ist, darauf zu achten, daß jeder Versuch, in andern Ländern einer Revolution beizustehen, streng und wirksam unterdrückt und verhindert werde.

In diesen Grundsätzen sollten wir uns einträchtig bekennen. Zu dieser neuen Einigkeit werden wir, in Klammern zusammengefaßt, durch deren Blut wir von Parteilichkeit und Uneinigkeit befreit werden, sowohl in der Erringung unser Willst als in dem erwünschten Gelfe. Sie zu erfüllen, verbleibt uns. Wir wollen uns im Angesicht aller Menschen der großen Aufgabe, die wir jetzt zur Hand nehmen müssen, weihen.

Neben dieser von ihm veröffentlichten Auanralsadresse hat Wilson eine Botschaft an das Land gerichtet, worin er sich gegen die Opposition im Senat wendet. Während das Abgeordnetenhaus mit überwältigender Mehrheit beschlossen habe, daß dem Präsidenten die verlangten Vollmachten zum Schutze der amerikanischen Handelschiffahrt (Verwahrung der Handelschiffe) erteilt werden sollte, konnte der Senat, trotzdem seine überwiegende Mehrheit ebenfalls für die Maßregel ist, zu keinem Beschlusse kommen, weil sich elf Senatoren dem widersetzen, und weil der Senat keinen Debattecharakter hatte.

Die Ziele, die die Mitglieder vor Augen haben, sind völlig klar festgelegt, aber der Senat kann nicht handeln, wenn seine Führer nicht eine einstimmige Einwilligung erlangen. Seine Mehrheit ist machtlos und hilflos. Witten in einer Krise voll außerordentlicher Gefahren, wenn nur ein bestimmtes entscheidendes Handeln die Nation sichern kann oder sie vor dem Krieg durch einen Angriff anderer schützen kann, ist das Handeln unmöglich gemacht.

Da im Auslande nicht der Eindruck entstehen dürfte, daß andere Regierungen tun können, was sie wollen, ohne daß die amerikanische Regierung etwas tun könne, - eine kleine Gruppe amerikastarrer



Männer habe die große Regierung der Vereinigten Staaten hilflos und verächtlich gemacht — fordert Wilson eine Aenderung der Geschäftsordnung des Senats, so daß er handeln könne. Der Senat ist zu einer Sitzung einberufen, die die entsprechende Aenderung der Geschäftsordnung beschließen soll. Aus all dem gewinnt man den Eindruck, daß die Dinge auf eine Entscheidung des Verhältnisses zu Deutschland drängen. In China ist es angeblich zu einer Krise gekommen. Das Kabinett hat sich für den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland ausgesprochen. Der Präsident erklärte sich dagegen, worauf der Ministerpräsident zurücktrat. Inzwischen sind die Verhandlungen noch unbestätigt.

Das Parlament des australischen Bundes ist aufgelöst worden. Aus Melbourne wird vom 6. März gemeldet:

Die australische Bundesregierung hat sofortige Neuwahlen für beide Häuser beschlossen. Das Parlament wurde aufgelöst. Die Neuwahlen werden wahrscheinlich am 5. Mai stattfinden. Infolgedessen ist die Abreise von Hughes und der anderen Minister, die an der Reichskonferenz in London teilnehmen sollten, auf unbestimmte Zeit verjagt worden.

Die Auflösung macht einem schon längere Zeit dauernden trübsamen Zustande ein Ende. Das Ministerium Hughes hatte schon seit mehreren Monaten keine Mehrheit mehr im Parlament. Die Arbeiterpartei, aus der der Ministerpräsident hervorgegangen war, hatte sich von ihm losgelöst. Hughes hat sich im vergangenen Jahre bei seinem Aufenthalt in England lebhaft für die Idee des engeren Zusammenschlusses der englischen Selbstverwaltungscolonien mit dem Mutterlande betätigt und hat namentlich die Idee der allgemeinen Wehrpflicht in den Colonien zugunsten Englands energisch propagiert. Gerade in diesem wichtigen Punkte aber hat das australische Volk gegen ihn entschieden; in der Volksabstimmung ist bekanntlich die allgemeine Wehrpflicht von den Australiern mit einer nicht unerheblichen Mehrheit abgelehnt worden. Der Gegensatz zwischen der Arbeiterpartei und Hughes, der sich herausgebildet hatte, beschränkte sich nicht auf diesen Punkt, aber er trat daran in besonderer Schärfe zutage. Er hat sich seitdem anscheinend noch mehr vertieft. Mit den Konservativen und Liberalen gegen die Arbeiterpartei zu regieren, war dem Ministerium, das bei diesen Parteien jedenfalls auch kein uneingeschränktes Vertrauen fand, auf die Dauer nicht möglich. So soll denn die Krise durch Neuwahlen gelöst werden. Auf die Entscheidung der australischen Wählerschaft darf man gespannt sein. Die australische Arbeiterpartei, die ihre herrschende Stellung im Bundesparlament zu verteidigen hat, ist bekanntlich keine sozialistische Partei — der Sozialismus ist im letzten Erdteil erst sehr schwach entwickelt. Am nächsten verwandt ist die Arbeiterpartei Australiens mit der gleichbenannten englischen Partei, von der sie sich indes wesentlich durch schlagwortartige Haltung unterscheidet. Im übrigen steht sie tief in bürgerlichen Auffassungen, der schrankenlose Imperialismus, dem sie ihr ehemaliges Verhältniß zu Hughes in die Welt geworfen hat, ging ihr aber, doch zu weit. Sie steht einer Politik, die die Kräfte Australiens im weitesten Ausmaß dem englischen Imperialismus zur Verfügung stellt, Widerstand entgegen. Das ist für die englische Regierung in jetziger Zeit, wo sie die Hilfe der Selbstverwaltungscolonien sehr gut gebrauchen könnte, sehr unangenehm, besonders auch wegen der Rückwirkung des australischen Beispiels auf die andern selbständigen Tochterstaaten, auf Kanada und Südafrika. Vor kurzem tauchte eine Meldung auf, daß die englische Regierung auf der Reichskonferenz eine Uebereinkunft betreiben wollte, wonach alle drei Selbstverwaltungscolonien sich zur allgemeinen Wehrpflicht verpflichten sollten. Ohne Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften der Colonien ist aber an die Durchführung einer solchen Abmachung nicht zu denken — das Parlament Englands kann nicht Befehle für die selbstverwaltenden Colonien erlassen. Für England hat daher die Entscheidung der Wahlen in Australien eine große Bedeutung.

## Der verschärfte U-Boot-Krieg.

### Berserk.

Christiania, 5. März. (W. Z. B.) Das norwegische Vizekonsulat in Lerwick berichtet, daß die Bark Norma aus Billefand am 1. März von einem deutschen U-Boot durch Geschützfeuer versenkt worden ist. Ein Mann ist ertrunken, ein anderer leicht verwundet. Das Vizekonsulat in Queenstown telegraphiert, daß die Bark Storen aus Christiania am 1. März außerhalb Rinalse von einem deutschen U-Boot versenkt worden ist. Die Besatzung wurde in Queenstown gelandet.

Amsterdam, 6. März. (W. Z. B.) Die Blätter melden, daß der Dampfer Copenhagen (2570 Bruttoregistertonnen) der Harwich-Linie auf der Reise von London nach Rotterdam gestrichen ist infolge eines Torpedoschlusses gesunken ist.

Berlin, 7. März. Unter der Ueberschrift: Im Indischen Ozean berichtet der Lokalanzeiger nach einem holländischen Blatte, daß der als versenkt gemeldete englische Dampfer Worcester fahre ebenso wie der Dampfer Persus in der Nähe von Colombo in den Grund geholt wurde. Dadurch seien die Versicherungsprämien für die Fahrten nach Indien sehr erheblich gestiegen. Das holländische Blatt fragt, ob vielleicht M. D. II. tätig sei.

### Die Versenkung des Gurre.

Christiania, 6. März. Die Morgenblätter haben durch große Ueberschriften die Versenkung des norwegischen Dampfers Gurre in der Nordsee hervor, der von Bergen nach Hull unterwegs war, wobei fünfzehn oder nach einer anderen Meldung neunzehn Menschen umgekommen seien, darunter zwei englische Damen, Mutter und Tochter, die auf Veranlassung des britischen Konsulats die Reise durch die Gefahrenzone machen durften. Der Unterseebootskommandant habe den Kapitän der norwegischen Segelbark Polthe, der er zwei Ueberlebende von der Mannschaft des Dampfers Gurre übergab, eindringlich vor den Gefahren des Sperrgebietes gewarnt, da viele deutsche Unterseeboote im Fahrwasser seien, und ihm erzählt, daß tags zuvor vier Dampfer versenkt worden seien. Er behielt einen schwerkranken norwegischen Maschinisten an Bord, um ihn in gute Pflege nach Deutschland zu bringen.

### Bewaffnet.

Soer van Holland, 6. März. Der heute morgen eingelaufene englische Handelsdampfer Prince Melita mußte nach einer halben Stunde wieder in See gehen, da er mit Geschützen bewaffnet war.

### Aufgebracht.

Hamburg, 6. März. (W. Z. B.) Der mit einer Ladung Salpeter nach England bestimmte Dampfer Livingston wurde in der Nordsee aufgebracht und wegen Beförderung von Bannware als Prise nach Hamburg eingebracht.

## Die Wirkung der Seelperre.

Amsterdam, 6. März. (W. Z. B.) Der Direktor des Arsenal von Cherbourg teilte inoffiziell einem Pariser Blatte mit, daß seit Beginn des verschärften U-Bootkrieges nur vier Dampfer mit Kriegsmaterial aus überseeischen Häfen nach Frankreich gelangt seien. Die übrigen seien mit der Bestimmung für Frankreich unterwegs.

Rotterdam, 6. März. (W. Z. B.) In englischen Häfen lagen nach einer Aufstellung des Schiffahrtskontrolleurs am 21. Februar annähernd 1800 neutrale Schiffe. Ein großer Teil davon war von England gehortet.

## Vom türkischen Krieg.

### Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 6. März. Heeresbericht vom 5. März. Persische Front. Westlich von Samadan versuchten zwei feindliche Kavallerieregimenter nacheinander unsere Stellung anzugreifen, wurden aber durch Artilleriefeuer zurückgeworfen. An den übrigen Fronten ist die Lage unverändert.

Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

## Vermischte Kriegsnachrichten.

### Störungen im italienischen Eisenbahnverkehr.

Bern, 6. März. (W. Z. B.) Laut Corriere della Sera sind im Eisenbahnverkehr von Süd- nach Norditalien in den letzten Tagen starke Störungen eingetreten. Das Verkehrsministerium teilt mit, daß für drei Tage die Annahme von Gütern in dieser Richtung unterbleibt. Nur dringende militärische Transporte finden statt. Erdstöße an verschiedenen Stellen sind die Ursache der Störung.

### Eine erfundene Nachricht.

Berlin, 5. März. Wolffs Bureau teilt mit: Verschiedene holländische Blätter verbreiten die Nachricht, daß Deutschland bei Holland über die Abtretung eines Landesstrahls der Provinz Limburg vorstellig geworden sei. Wir sind amtlich ermächtigt, daß diese Meldung auf reiner Erfindung beruht.

### Ein russischer Munitionszug explodiert.

Berlin, 5. März. (W. Z. B.) Die Kriegszeitung des Lokalanzeigers meldet über Moskau, daß nach der Orlovski Westfront seit vierzehn Tagen in verschiedenen Teilen Sibiriens furchtbare Schneestürme herrschen, die alle Warentransporte vollständig unterbrechen. Infolge starker Schneeverwehungen entstellte der von Schita abgehende Munitionszug 212 in voller Fahrt. Die Lokomotive wurde vollständig zerstört. Die ersten Wagen gingen Feuer, worauf der ganze Zug unter furchtbarem Getöse explodierte. Die Begleitmannschaft des Zuges ist bis auf den letzten Mann umgekommen. Der Bahnkörper ist auf einer Strecke von sechs Werst aufgerissen.

### Zur Vernichtung der Munitionsfabrik in London.

Das englische Fachblatt Wire gibt eine ins einzelne gehende Uebersicht über den Schaden, der durch die Explosion in der Munitionsfabrik zu London am 19. Januar verursacht worden ist. Der Schaden beträgt mehr als eine Million Pfund (also mehr als 20 Mill. Mark). Das Gebäude, worin die Explosion sich ereignete, ist völlig vernichtet. In seiner Stelle steht ein 100 Fuß breites und 25 Fuß tiefes Loch. Die chemische Abteilung ist gänzlich eingestürzt, und die übrigen Gebäude auf den anliegenden Grundstücken sind in Schrammen aufgegangen. In der Nachbarschaft wurden die Dächer durch den Luftdruck abgehoben. Mehr als 100 000 Fenster wurden zertrümmert. In dem Stadtteil sind an vielen Stellen die Hausmauern gesprungen.

### Deutsch-amerikanischer Nachrichtendienst.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Pecher hat das Auswärtige Amt geantwortet:

Der telegraphische Nachrichtenverkehr von Deutschland nach den Vereinigten Staaten von Amerika wird gegenwärtig nach wie vor durch den Funkdienst der Transocean C. m. b. S. besorgt, der bisher von der amerikanischen Regierung nicht behindert worden ist. Außerdem berichten die in Deutschland zurückgebliebenen amerikanischen Korrespondenten weiter auf drahtlosem Wege an ihre Zeitungen.

Ebenso ist der Funkdienst des Wolffschen Telegraphen-Bureaus und deutscher Zeitungen von Amerika nach Deutschland bis jetzt von amerikanischer Seite anscheinend nicht beschränkt worden.

Demnach bestehen auch jetzt noch Nachrichtendienste zwischen den beiden Ländern, die von Reuters und der englischen Regierung unabhängig sind. Das Auswärtige Amt ist bestrebt, diese Dienste auszugestalten und zu vermehren.

### Der Aufstand auf Kuba.

Bern, 6. März. Die Vereinigten Staaten übernehmen den Schutz der Bierverbandsinteressen auf Kuba und landen mit dieser Begründung eine neue Abteilung amerikanischer Truppen in Guatemala. (Frankf. Zig.)

### Der Drahtkäfig.

Die Deutschen Kriegsnachrichten teilen mit: Ein jetzt zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in der Schweiz internierter deutscher Soldat hat die von zahlreichen andern deutschen Kriegsgefangenen gemachten Enthüllungen über ihre Befandlung in französischer Gefangenschaft vollaus bestätigt. Die Befandlungen wurden, wie es bei den Franzosen gang und gäbe ist, ausgeraubt, grundlos mit Knütteln mißhandelt, in der niederträchtigsten Weise untergebracht, verpflegt und mit Kriegsarbeiten beschäftigt. Ein bezeichnendes Licht werfen seine Befandlungen auf die systematischen Quälereien, die die Franzosen dazu bringen, immer neue Folterarten zu erfinden, um so ihre Wut an den wehrlosen Gefangenen auszulassen. Eine Erfindung dieser Art ist das Drahtgefängnis, über das der Gewährsmann folgendes berichtet:

Das Drahtgefängnis in Souilly war ein vierseitiger Käfig von etwa 1,70 Meter Höhe und etwa 1 1/2 Quadratmeter Bodenfläche, hergestellt aus einem vier Pfähle geschlungenen Stahldrahtgeflecht, das auch noch oben den Käfig abschloß. Drei Viertel des Käfigs wurden durch eine Zeltbahn eingenommen, die in Form einer Hundehütte etwa 50 Zentimeter über dem Erdboden an Pfählen ausgespannt war. Die Zeltbahn diente als Unterschlupf bei schlechtem Wetter und als Nachtlager; Strohhalm lagerte gab es nicht. Die zum Aufenthalt im Drahtkäfig Verurteilten blieben bei jedem Wetter Tag und Nacht dort. Ich habe erlebt, daß ein infolge Fluhtodes durch diesen Drahtgefängnis verurteilter Kamerad nach etwa 2 1/2 tägigem Aufenthalt darin völlig erstarrt war, so daß er wie tot herausgetragen werden mußte. Nachdem er in der Küche gewissermaßen aufgetaut war, wurde er in schwerkranken Zustande in die Revierkrankenbarade gebracht.

Nicht ungestraft werden die Franzosen solche Grausamkeiten weiter verüben. Wir suchen es ab, ihnen auf diesem Wege zu folgen, aber wir haben andre Mittel gefunden, um die Franzosen zu zwingen, sich in Zukunft nicht mehr an wehrlosen Gefangenen zu vergreifen. Tausende von französischen Kriegsgefangenen sind zur Vergeltung in der deutschen Kampzone untergebracht und werden dort bleiben, bis die französischen Nachhaber von ihren Unmenschlichkeiten abgelassen haben. Bei ihnen mögen sich die davon Betroffenen bedanken.

## Deutschland.

### Der Hauptauschuss des Reichstags

hat sich am Dienstag mit der Beratung des Haushalts des Reichs am 15. März beschäftigt. Die Stelle eines zweiten Unterstaatssekretärs wurde einstimmig bewilligt. Dabei gab es eine Debatte über die Möglichkeit einer Verlegung des Reichstags in den Reichshaus, zu Beschlüssen darüber kam es nicht.

Nach einer Aussprache über die Eisenbahnverhältnisse wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Nationalliberalen ein Antrag angenommen, wonach das Reich als erste Rate eines Gesamtbeitrags von zwei Millionen Mark 700 000 Mark für die Vorarbeiten zum Donau-Rain-Kanalprojekt Bayerns beiträgt.

Einstimmig angenommen wurde ein Antrag Koch, den Beitrag von 100 000 Mark zu den Kosten einer Anstalt zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit soweit zu erhöhen, daß sowohl Schülertinnen in der Säuglingspflege ausgebildet werden können, wie notwendig sind.

### Die Unabhängigen an der Arbeit.

In Wien hat in einer Propagandaverammlung des Unabhängigen Ausschusses, die von dem Vorsitzenden der rheinischen Bauernvereine, Freiherren v. Vog, geleitet wurde, der rechtsnationalistische Abgeordnete Fuhrmann ziemlich deutliche Kritik an der Politik des Reichstags und des Auswärtigen Amtes geübt und das bekannte alldemokratische Los — abgesehen vom Osten seien Brice, die Magasinle und die Handelskassen die beste das mindeste, was wir behalten müßten — vertreten. Von der Absonderung rüde Herr Fuhrmann in etwas zweideutiger Weise ab. Diejenigen, die hingegen seien, hätten es nur getan, um die Pläne des Grafen Domsbroed, der „nicht der geeignete Mann“ sei, zu nichte zu machen. Im übrigen müßten die Kaiserfreunde dringend zur Ruhe gemahnt werden, damit es der andern Seite auch möglich sei zu schweigen.

Das Friedensangebot Deutschlands sowie die Kollation Schwedens, die den Siegeswillen des deutschen Volkes untergraben könnte, hätten vielen Vaterlandsfreunden große Sorgen gemacht. Ebenso bedenklich seien die Abrüstungspläne, zu denen sich ja leider auch der Reichstagslangst bekannte habe; Weltfrieden würde stillstand in der Entwicklung der Völker bedeuten. Am Schluß sprach der Zentrumsgedordnete Pfleger in gleichem Sinne.

### Mehr Ablehnung als Zusage.

Auf die Forderung des Reichstags nach möglichst schneller Vorlage eines Gesetzentwurfs, der die Mindeststrafen des Militärstrafgesetzbuchs herabsetzt, hat der Bundesrat jetzt geantwortet, daß die Militärverwaltung „trotz erheblicher Bedenken“ bereit sei, in eine Prüfung „ob und inwieweit“ usw. einzutreten, daß aber erst eine Befragung der Armee und der Marine „über die mit der Handhabung der Kriegsgefeße gemachten Erfahrungen“ eine sichere Unterlage geben müsse. Das Erforderliche sei veranlaßt.

Danach wird die Reform in der Kriegszeit schwerlich noch kommen. Und es war doch gerade der Zweck des Reichstagsbeschlusses, für die Millionen, die in dieser Zeit des Krieges unterstellt werden und ihr Leben für das Reich in die Schanze schlagen müssen, die drakonischen Strafbestimmungen des Militärstrafgesetzbuchs zu mildern. Daß es dazu erst langer Erhebungen und Erwägungen bedürfte, haben die Väter des Antrages nicht geglaubt. Aber sie haben sich geirrt.

Abgelehnt hat der Bundesrat ferner den vom Reichstage einstimmig angenommenen sozialdemokratischen Antrag, solchen Mannschaften das Vorgehen zum zweitenmal zu gewähren, die seit dem 1. Oktober 1915 eingezogen sind und noch unter den Fahnen stehen. Die Notwendigkeit kann nicht anerkannt werden, heißt es begründend.

### Gegen die Razzias auf den Bahnhöfen

richtet sich eine Eingabe, die der Berliner Magistrat an den preussischen Minister des Innern gerichtet hat. Es wird darauf hingewiesen, daß eine intensive Betätigung des legitimen freien Handels erst möglich sei, um die Organisationsmängel einigermaßen auszugleichen und den Bedarfsgemeinden wenigstens einen Bruchteil der auf dem Lande zur Verfügung stehenden Mengen zuzuführen. Es mehrten sich aber die Anzeichen, daß bei dem gebotenen Vorgehen gegen die Luchterfälle nicht immer die Grenzen gewahrt seien, wo die allgemeine Gefährdung des Handels beginne. In der Eingabe wird dann gefagt:

„Mit nicht geringerer Besorgnis erfüllen uns die Hinweise in der Presse darauf, daß in Zukunft nicht nur der Handel und seine Vertreter, sondern auch die einzelnen Angehörigen unserer großstädtischen Bevölkerung auf den Bahnhöfen einer eingehenden polizeilichen Kontrolle darauhin unterzogen werden sollen, ob sie Lebensmittel einschleusen und, bezuhenfalls, ob dies zu Recht geschieht oder nicht. Wir können, wenn dies zutrifft, in dieser Sache der polizeilichen Kontrolle nicht nur eine Bekämpfung des Preiswuchers oder des ihm vorbereitenden Schleichhandels erblicken. Es handelt sich hier wohl lediglich um eine Kontrolle darüber, ob die etwa bestehenden Ausfuhr- und Einfuhrbestimmungen übertreten worden sind. Ganz abgesehen davon, daß unrespektvoll die Kontrolle der Einhaltung der Ausfuhrbestimmungen denjenigen Kommanantverändern überlassen bleiben muß, aus denen die Waren ausgeführt werden sind, glauben wir annehmen zu sollen, daß auch hier die zur Bekämpfung etwa unerlaubter Handlungen angewendeten Mittel weder im Verhältnis zu der Bedeutung der gefährdeten Rechtsgüter, noch aber namentlich zu dem durch die Anwendung dieser Mittel leicht angerichteten Schaden stehen.“

Das Kriegswirtschaftsamt teilt jetzt mit, daß es sich auf die Befolgung des unerlaubten Handels und des Wuchers beschränken wolle. Die Leute, die etwas für den eigenen Bedarf gekauft haben, sollen also wenig zu befürchten haben.

### Keine Gemüsekonserven freigegeben.

Berlin, 6. März. (W. Z. B.) Die Reichsstelle für Gemüse und Obst gibt bekannt: Durch verschiedene Zeitungen geht die Nachricht, daß der Absatz der Gemüsekonserven freigegeben und die Verteilung eingeleitet sei. Diese Nachricht ist unrichtig. Der Absatz der Gemüsekonserven ist nach wie vor verboten und Zuwiderhandlungen sind strafbar. Die Freigabe steht jedoch bevor. Gleichfalls wird dann Sorge getroffen werden, daß eine gleichmäßige Verteilung erfolgt und eine übermäßige Einkaufen einzelner Personen nicht vorkommt.

### Etwas von der Hindenburgspende.

Der Liberalen Korrespondenz wird aus Pommern mitgeteilt, daß von der Landwirtschaftskammer für Pommern als Einkaufspreis für die Lebensmittel der Hindenburgspende festgesetzt seien für Schmalz 2.40 Mark und für Speck 2.60 Mark pro Pfund, in dessen die durch Verordnung festgesetzten Höchstpreise für Schmalz 2.10 Mark und für Speck 1.90 Mark (ungegähert) und 3. Mark (gegähert) betragen. Dazu bemerkt die Korrespondenz:

„Die Einkaufspreise, die die festgesetzten Höchstpreise nicht mehr als Verkaufspreise, werden ununterbrochen in der Provinz in den Kreisblättern als Einkaufspreise auf Veranlassung der Landwirtschaftskammer oder deren Beauftragten bekanntgegeben. In diese Klassenübersetzung der festgesetzten Höchstpreise noch keiner Stelle aufgefallen, die in Pommern dafür zu sorgen hätte.“



sch Gesetze und Verordnungen innegehalten werden? Ferner, wenn an den Kaiser und Hindenburg wieder Telegramme verfaßt werden sollten, um die Begeisterung darzutun, mit der man den Aufruf zugunsten der Schwerarbeiter aufgenommen habe: wäre es nicht richtiger, ruhig, sachlich und nüchtern zum Ausdruck zu bringen, daß die Hindenburgspende auch ein Geschäft der Zensur ist?

### Reichsdarlehen für die Deutsche Schifffahrt.

Dem Bundesrat ist die schon seit einiger Zeit angekündigte Vorlage zugegangen, die den deutschen Schifffahrtsinteressenten Vorschläge zum Wiederaufbau der durch den Krieg verminderten deutschen Handelsflotte zusehrt. Die Einzelheiten der Vorlage werden noch vertraulich behandelt. Die Reichsdarlehnsbank der Hamburg-Amerika-Linie bemerkt dazu: „Das Deutsche Reich hat damit eine wirtschaftlich bedeutsame Maßregel vorbereitet, wie sie feindliche Schifffahrtsländer schon seit längerer Zeit beschlagnahmt; nur ist der Unterschied zu beachten, daß die deutsche Seeschifffahrt seit Kriegsausbruch fast vollständig stillsteht, während ein großer Teil der feindlichen und neutralen Reederei infolge enorm gesteigerten Frachttarife zu ganz ungewöhnlich hohen Gewinnen gekommen ist.“

### Erhöhung des Besoldungsgeldes.

Das Besoldungsgeld für kommandierte Mannschaften ist mit Wirkung vom 1. Februar von 1.50 Mk. auf 2 Mk. den Tag erhöht worden. Davon werden berechnet für die Mittagskost 0,5 Pf., für die Abendkost 75 Pf., und für die Morgenkost 30 Pf. Dort, wo größere Mengen an Selbstverpflegung angewiesener Mannschaften vorhanden sind, wurden besondere Rücksichten eingebracht, in denen die Mannschaften zu diesen Preisen Verpflegung bekommen können. Die übrigen Mannschaften, die nicht an einer solchen Küche teilzunehmen in der Lage sind, werden natürlich mit den 2 Mk. pro Tag bei den heutigen Lebensmittelpreisen keineswegs auskommen können.

**Keine politische Nachrichten.** Auf einen Beschluß des Reichstages, den Reichskanzler zu ersuchen, die Herstellung von Kriegsbriefmarken anzuordnen, hat der Reichskanzler geantwortet, daß die Herstellung solcher Marken nicht beabsichtigt wird, weil das mit dem Postfachdienst beschäftigte Personal bereits überlastet ist, daß ihm der Verkauf weiterer Markenformen nicht zugemutet werden kann. — Die organisierten Hausbesitzer haben an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der sie verlangen, daß die Rollensteuer in solchen Häusern, in denen die Lieferung von Zentralheizung und Warmwassererwärmung in den Mietpreis einbezogen ist, restlos auf die Mieter zu übertragen ist.

### Rußland.

#### Zu den Verhaftungen in Petersburg.

Die in der vorigen Woche aus Stockholm gemeldeten Verhaftungen von elf sozialdemokratischen Dumaabgeordneten in Petersburg hat sich als falsch erwiesen. Auch die nachher eingetragene Meldung, es handle sich um elf Mitglieder der sozialistischen Duma, ist unrichtig. Wie jetzt feststeht, sind elf Mitglieder der Arbeitergruppe des Zentralen Kriegsinstitutenausschusses verhaftet worden, die vor etwa einem halben Jahre von einem Teil der Petersburger Arbeiterschaft zur Wahrnehmung ihrer Interessen in den Ausschuss gewählt wurden. Die Frage der Mitarbeit an den Kriegsinstitutenausschüssen hand, wie wir mehrfach zu berichten Gelegenheit hatten, in den letzten 1/2 Jahren im Vordergrund des Interesses der russischen Arbeiterschaft, welche leidenschaftliche Kämpfe und fürder in starkem Maße den politischen Aktionsprozeß in der Arbeiterklasse. Die Erwartungen, die von mancher Seite an die Mitarbeit der Arbeiter in den Kriegsinstitutenausschüssen geknüpft waren, haben sich nicht erfüllt. Vielmehr bestanden diejenigen Parteigenossen recht, die vor diesem Experiment gewarnt und in verschiedenen Städten eine Ablehnung der Mitarbeit durchgesetzt hatten. Namentlich die Tätigkeit der Arbeitergruppe des Zentralen Kriegsinstitutenausschusses, welche die lebhafteste Unzufriedenheit der Arbeiter Petersburgs wie der Provinz. Diese Unzufriedenheit ging so weit, daß dieselbe Petersburger Parteiorganisation, die seinerzeit die Mitarbeit an den Kriegsinstitutenausschüssen als organisatorischen „Ausnützungsgelände“ bestürmt hatte, nach einer Konferenz im August v. J. den Austritt der Arbeitergruppe aus dem Ausschuss forderte und jede Verantwortung für ihr weiteres Verbleiben ablehnte. Wider Erwarten lehnte die Arbeitergruppe, die immer mehr unter dem Einfluß einer Gruppe sozialpartistischer Schriftsteller und Gewerkschafter geraten war, die Wiederholung ihrer Mandate ab. Die Antwort war eine Reihe von Mißtrauensvoten gegen die „Arbeitergruppe“ in den bedeutendsten Petersburger Vereinen.

Was nun die Ursache der erfolglosen Verhaftung gewesen ist, steht noch nicht fest. Man geht aber wohl kaum fehl, in ihnen einen Schlag der Regierung gegen diese Ausschüsse selbst zu sehen, die als Stützpunkt der bürgerlich oppositionellen Elemente der Regierung recht unbenutzt geworden sind. Die Führer dieser Ausschüsse, Gutschkow und Romanow, sollen bereits entschiedenen Protest gegen die Verhaftung erhoben und der Regierung mit Kundgebungen seitens der Arbeiterschaft gedroht haben — nach dem bekannten Rezept: geht nach oder — die ändern werden! —

### Türkei.

#### Neue Militärkredite.

Konstantinopel, 6. März. (W. Z. B.) Die Regierung hat der Kammer einen Gesetzentwurf betreffend einen außerordentlichen Militärkredit von 15 Millionen Pfund unterbreitet. Der Entwurf wurde an eine Kommission geleitet.

### Der deutsche Tagesbericht.

#### Großes Hauptquartier, 6. März. Amtlich. (W. Z. B.)

**Westlicher Kriegshauptquartier.**  
Auf dem rechten Comen-Ufer nahm gegen Abend der Artilleriekampf große Heftigkeit an. Nach Trommelfeuer griff der Engländer östlich von Douhaevnes erneut an. Sein Angriff wurde abgewiesen, ein weiterer durch unser Vernichtungsfeuer vereitelt.

In den übrigen Frontabschnitten herrschte bei Schneegestöber meist geringe Feuerintensität. Erkunder, die den Verlauf der französischen Stellungen am Courieres-Walde gegenüber den von dort gewonnenen Linien feststellten, brachten noch 15 Gefangene ein.

#### Ostlicher Kriegshauptquartier.

**Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold v. Bayern.**  
Ein Nachangriff der Russen gegen unsere Stellungen südlich von Brzagan, scheiterte.

**Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph.**  
An den Osthängen des Klecmen-Gebirges im Südteil der Waldpartien wurden mehrere russische Kompanien, die nach lebhaftem Feuer unsere Stellungen angriffen, zurückgewiesen.

### Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die Lage ist unverändert.

#### Mazedonische Front.

Zwischen Ohrida- und Prespaee wurde eine französische Feldwache überzumpelt und gefangen.

Der Erste Generalquartiermeister: Fudendorff.

Berlin, 6. März, abends. Amtlich. (W. Z. B.)  
Außer Vorfeldgefechten im Kuree-Gebiet keine besonderen Ereignisse.

### Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 6. März. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart:

#### Östlicher Kriegshauptquartier.

In der Bukowina scheiterten russische Vorstöße. Südlich von Orzagan wurde ein nördlicher Ueberfall der Russen abgeschlagen.

#### Italienischer Kriegshauptquartier.

Starke Niederschläge behinderten im allgemeinen die Geschwindigkeit und unterbrachen auch den Kampf nördlich des San Felicegrino-Tales. Nachts leckte wieder Minenfeuer gegen unsere Cosabella-Stellung ein. Angriffsvorläufe der Italiener kamen in unserm Sperrfeuer zum Stehen. Ein feindlicher Ueberfall auf dem Col Tricon wurde mit Handgranaten abgewiesen.

Heute früh führte der Segner vor dem Monte Ziel eine größere Sprengung durch; unsere Stellungen blieben jedoch unverändert.

#### Südtlicher Kriegshauptquartier.

Nichts zu melden.  
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Hoeler Feldmarschallleutnant.

### Gewerkschaftsbewegung.

#### Zusammenschluß baugewerblicher Unternehmerorganisationen.

Auch während des Krieges steht der Zusammenschluß des Unternehmertums nicht still. So hat sich, wie die Deutsche Arbeitgeberzeitung mitteilt, in den letzten beiden Monaten das Unternehmertum des Baugewerbes zu einer neuen Organisation vereinigt, zum Deutschen Wirtschaftsbund für das Baugewerbe. In ihm erblicken der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und der Innungsbund Deutscher Baugewerksmeister die Organisationsform, die ihnen die Verwirklichung ihrer Ziele herbeiführen soll. Rein äußerlich betrachtet, handelt es sich lediglich um die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen des Baugewerbes gegenüber den Bauauftraggebern und gegenüber den Produzenten der Baustoffe. Denn ist es der „Bericht aus dem Baugewerbe“ an die Deutsche Arbeitgeberzeitung dies als seine Aufgabe, die gelöst werden soll mittels „Durchsetzung einheitlicher Bedingungen für alle Ausschreibungen“, durch „die wirtschaftliche Zusammenfassung der Baugewerbetreibenden in Preis[schutz]verbänden, die bei allen Ausschreibungen innerhalb ihres Bereichs in Tätigkeit treten“ und durch „eine wirksame Gegenorganisation gegen die organisierte Produktion durch den Zusammenschluß der Mitglieder der wirtschaftlichen Organisationen zu Einkaufsgenossenschaften“. So sei es denn „nicht ganz unwahrscheinlich, daß mit Hilfe der wirtschaftlichen Organisationen sich auf diese Weise eine straffe Kartellierung des Baugewerbes anbahnen“ lasse, „daß nämlich Einkaufsgenossenschaften und Preis[schutz]verbände auszugestalten sind zu Verteilungsstellen, welche für bestimmte Bezirke alle Baumaterialien liefern auf die Lieferanten, sowie alle Bauaufträge auf die Unternehmer verteilen.“ Welche Entwicklung selbstverständlich nur möglich sei, wenn sie getragen werde durch eine „straffe und lückenlose Organisation“. Sie zu schaffen, sei „die erste, alsbald in Angriff zu nehmende Aufgabe“.

Das ist ein weitsehender und weitumfassender Plan, der durchaus im Sinne der kapitalistischen Entwicklung liegt. Er fördert die Konzentration der Produktion und bereitet ihre Sozialisierung vor. Doch hat dieser Kartellierungs- und Konzentrationsprozeß noch eine andere Seite, die die Arbeiterschaft nicht minder stark angeht. Der wirtschaftliche Zusammenschluß der Unternehmer stärkt diese auch ganz erheblich in ihrem Kampfe gegen die Arbeiterschaft. Zwar ist diese Stärkung nicht das ausgesprochene Ziel der neuen Vereinigung, es läßt aber nebenbei her, ist ein selbstverständliches Ergebnis. Und daß die Väter des Deutschen Wirtschaftsbundes für das Baugewerbe auch dafür ein Auge gehabt haben, läßt die Zuschrift an die Arbeitgeberzeitung deutlich erkennen, in der als Hauptzweck eines Arbeitsbündnisses die — Behandlung der Arbeiterfrage bezeichnet wird. Das ist nichts Neues, das war der Zweck der Gründung aller dieser Verbände. Und das ist auch der letzte Zweck der neuen Vereinigung des Deutschen Wirtschaftsbundes für das Baugewerbe. Insofern erfordert der neueste Zusammenschluß einer Unternehmerkategorie von der gesamten Arbeiterschaft erhöhte Aufmerksamkeit und Stärkung der Abwehrmaßnahmen, die lediglich gegeben sind im lückenlosen Zusammenschluß aller Arbeiter auf dem Boden der vom Klassenbewußtsein getragenen Organisation.

### Aus der Partei.

#### Ein Fortschritt der Kieler Opposition.

Die auf dem Boden der Opposition stehenden Kieler Genossen hatten zu Sonntagmorgen eine Versammlung einberufen, um die Gründung eines eigenen Vereins vorzunehmen. Um nicht gestört zu werden, hatte man Karten ausgegeben, die allein zum Eintritt berechtigten. Im großen Saal des Colosseum waren rund 1000 Genossen und Genossinnen erschienen. Nach einem kurzen Referat und einer ausgedehnten Diskussion, in der auch der Genosse Henke aus Bremen in längerer Rede die gegenwärtige Situation in der Partei kennzeichnete, wurde folgender Antrag angenommen:

Der Aufruf des Parteivorstandes sowie die Erklärung der Bezirks- und Kreisvorstände von Schleswig-Holstein bedeutet die Spaltung der Partei. Man nimmt damit den mit der Politik des Vorstandes und der Fraktion nicht einvernehmlichen Genossen die Möglichkeit, im Rahmen der Partei für ihre Anschauungen die nötigen Gänge Wahlkreisorganisationen werden von der Parteimehrheit entgegen allem Parteirecht außerhalb der Partei gestellt und somit gezwungen, sich zu einem neuen organisatorischen Gebilde zusammenzuschließen.

Die Versammelten erklären sich mit den Genossinnen solidarisch und beschließen einen neuen sozialdemokratischen Verein zu gründen, beruhend auf der alten, im Programm der Partei und den Beschlüssen der Parteitage festgelegten Grundlage.

Die Vertretung seiner Interessen im Parlament überträgt der Verein der Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft.

Eine zweite Resolution kommt zu folgendem Schluß:

Die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Opposition mit allen Mitteln zu bekämpfen und in deren Spalten seit Jahren nur die Anschauungen des Sozialimperialismus, nicht aber die des Sozialismus zum Ausdruck kommen, können die Versammelten nicht mehr als ihr Organ betrachten. Sie empfehlen, die Leipziger Volkszeitung, den Braunschweiger Volksfreund oder das Mittelbayerische Blatt der Berliner Genossen zu abonnieren und stets neue Momente dieser Zeitungen zu gewinnen, bis die Pressefrage in anderer zufriedenstellender Weise geregelt ist.

Die imposante Versammlung darf als ein bedeutender Fortschritt der Opposition in Kiel bezeichnet werden.

#### Ein Protest des Bezirks Frankfurt a. M. gegen die Parteivorstandsliste.

Das erweiterte Nationalkomitee von Frankfurt a. M. (Zusammensetzung: Bezirksvorstand, je ein Vertreter der Wahlkreise und deren Abgeordneten resp. Kandidaten) sah mit 18 gegen 4 Stimmen einen Beschluß, der scharfen grundsätzlichen Protest gegen die Liste der Parteivorstandsmitglieder und die Beschlüsse des Parteivorstandes erließ und folgenbermaßen schließt:

Wir weisen die Beschlüsse des Parteivorstandes, die derselbe in seiner letzten Sitzung vom 18. Januar d. J. gefaßt hat, entschieden zurück. Weder ihm noch dem Parteivorstande steht ein Recht zu, Genossen aus der Partei auszuschließen, oder aber — wie jetzt beliebt wird! — große Massen von Parteimitgliedern einzulassen, „außerhalb der Partei stehend“ zu erklären. Das Ausschlußverfahren ist niedergelegt durch das Organisationsstatut der Partei; die endgültige Entscheidung darüber steht nur dem Parteitag zu. . . .

Eine zweite Resolution, die bei einer Enthaltung und in Abwesenheit zweier Genossen einstimmig angenommen wurde, besagt, daß die Anhänger der Fraktionsmehrheit im Bezirk bereits die Spaltung des Parteivorstandes und von Wahlkreisorganisationen in die Wege geleitet und im Wahlkreis Wiesbaden schon vollzogen haben. Angesichts dessen und des Vorgehens des Parteivorstandes gegen Bezirksverbände, Wahlkreisorganisationen usw., legt die heutige Sitzung dem Parteivorstande die Pflicht auf, alles zu tun, um entsprechend unserer Beschlüsse den bisherigen Bezirksverband des Nationalen Bezirkes Frankfurt a. M. mit allen seinen vorhandenen Einrichtungen zu erhalten und gegen alle Sprengungsversuche und Eingriffe zu sichern“.

#### Doppelt genügt, hält besser.

Die Genossen des Ortsvereins Soltau beschloffen bekanntlich am 10. Februar in einer Versammlung mit allen gegen zwei Stimmen, sich auf den Boden der Opposition (Arbeitergemeinschaft) zu stellen. Damals waren 85 Genossen anwesend gewesen. Ein hochbegabter Bezirksvorstand war sehr zifert über diesen Beschluß und er verlangte — streng und unbewegsam, wie er nun einmal ist —, daß unbedingt eine neue Versammlung mit „later Tagesordnung“ einberufen werden müsse. Na, dem wurde denn auch entsprochen. Der Vorstand berief zum Sonnabendabend eine Versammlung ein mit der Tagesordnung: „Gesinnungsaufnahme zu dem Aufsatze des Parteivorstandes und der Kreisvorstände Schleswig-Holsteins“. Dieser Aufruf, ist in der Leipziger Volkszeitung hincelnd gekennzeichnet worden. Die Tagesordnung hatte also die — darin muß man dem Bezirksvorstande recht geben — wünschenswerte — Klarheit. Es waren 280 Mitglieder des Vereins erschienen und zu deren Freude auch der Bezirkssekretär Voller. Der Vorstand bot ihm an, zu Beginn der Versammlung den Standpunkt der Mehrheit in %stündiger oder auch längerer Rede darzulegen. Aber der Bezirkssekretär lehnte ab; er sei nur zur Information gekommen. Er lehnte auch später ab, als in der Diskussion nach zwei andern Rednern Genosse Henke aus Bremen eine Stunde gesprochen hatte. Nachdem Henke dann nach einer weiteren halben Stunde genügt, forderte Voller die Vertagung der Versammlung, da die Parteimitglieder benachteiligt sei und er nicht mehr genügend Zeit zur Erweiterung habe. Nun aber lehnte die Versammlung ab und beschloß mit rund 220 Stimmen gegenüber 18:

Die Versammlung wiederholt den Beschluß vom 10. Februar, indem sie sich wiederholt auf den Standpunkt der Opposition stellt. Der Bezirksvorstand des Bezirks Schleswig-Holstein hat nun die Information, die er wünschte. Möge sie ihm wohl bekommen! —

#### „Internationale“ und J. S. D.

Der Vorkämpfer und die Chemnitzer Volksstimme suchen ein von Julian Borchardt mit einem Geleitwort versehenes Buch Karl Erdmanns über England und die Sozialdemokratie gegen die Gruppe „Internationale“ auszuschlechten. Von einem Anhänger dieser Gruppe werden wir gebeten, festzustellen, daß Borchardt nie zur Gruppe „Internationale“ (der sogenannten „Spartakusgruppe“) gehört hat. Borchardt rechnet sich zu den „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ (J. S. D.), die eine besondere Richtung neben der Gruppe „Internationale“ vertritt. Anwiefern die J. S. D. die Verantwortung für das Erdmannsche Buch und das Borchardtische Geleitwort übernehmen will, ist uns nicht bekannt. Die Gruppe „Internationale“ hat jedenfalls mit beiden nicht das mindeste zu tun.

### Von Nah und Fern.

#### Brand in einer Kriegswerkstatt.

Paris, 6. Mai. (W. Z. B.) Petit Parisien meldet: Gestern brach ein Brand in den Kriegswerkstätten von Vanhard u. Ruyff in Paris aus. Vier Arbeiter wurden schwer, acht leicht verwundet. Eine Explosion der Sprengstoffe konnte verhindert werden. Der Schaden ist noch nicht abzuschätzen.

Bern, 5. März. (W. Z. B.) Matin meldet zu der Katastrophe in der Pulverfabrik Bouquet, die Explosion sei bei Versuchen mit einem neuen Sprengstoff und einer neuen Pulverart entstanden. Zwanzig umliegende Gebäude seien ebenfalls beschädigt worden. Die Fabrik beschäftigte 5000 Arbeiter.

#### Schiffmann zu 10 Jahre Zuchthaus verurteilt.

Berlin, 6. März. (W. Z. B.) In dem Prozeß Schiffmann u. verurteilte das Gericht den Angeklagten Schiffmann zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, ein Jahr sechs Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet. Gegen Frau Ahrens erkannte das Gericht auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von fünf Monaten Untersuchungshaft.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Herre, Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeigenanteil: Hugo Lehmann, Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.







Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 7. März.

Geschichtskalender. 7. März 1714: Der Friede von Rastatt in Baden beendet den Spanischen Erbfolgekrieg. 1715: Der Dichter Ernst Christian v. Kleist auf dem Gute Zebelin bei Köslin geboren († 1759). 1792: Der englische Astronom Sir John Herschel in Slough geboren († 1871). 1820: Der Afrikareisende Eduard Vogel in Krefeld geboren († 1856). 1915: Sozialdemokratische Frauenversammlung in der Schweiz; Thema: Die Frauen und der Krieg.

Sonnenaufgang: 6,30, Sonnenuntergang: 5,47. Monduntergang: 5,43 vorm., Mondanfang: 4,30 nachm.

Kriegszulagen.

In einer umfangreichen Drucksache teilt der Rat dem Stadtverordnetenkollegium mit, wie er die Kriegszulagen an Beamte, Lehrer, Angestellte und Arbeiter regeln will. Als voraussetzliche Kostenbetrag hat er 1.555.000 M. vorgelesen. Die Zulage soll als Monatszuschlag von 10-28,50 M. bei einem Einkommen bis zu 1000 M. und als Auktorkriegszulage 5 M. für ein Kind und Monat erhöht werden. Sie wird nur an ständige Beamte, Lehrer usw. gewährt, die Auswärtigen gehen beinahe leer aus. Die bei den Zuschlägen vom 20. November 1916 gleichzeitig beschlossenen Bestimmungen treten dann zugunsten der neuen außer Kraft. Die Zulagen werden bis auf weiteres, mindestens auf die Dauer des Krieges gezahlt. Vom 1. Januar 1917 an erhalten Beamte, Angestellte und Arbeiter, soweit sie nicht lediglich zur Kriegsaushebung angenommen worden sind, sowie die ständigen und die vollbeschäftigten nichtwährenden Lehrkräfte an den städtischen höheren Schulen: a) Unverheiratete usw. bei einem Einkommen von nicht mehr als 2000 M. 10 M. monatlich, b) Verheiratete mit und ohne Kinder bei nicht mehr als 2000 M. Einkommen 17,50, bei nicht mehr als 2850 M. 15, bis zu 3000 M. 12,50 und bis zu 5100 M. 10 M. monatlich Kriegszulage. Bei den Einkommen, die durch die Zulage die Summe von 5100 M. übersteigt, wird die Zulage entsprechend gemindert. Vom 1. Dezember 1916 an erhalten Direktoren, die ständigen Lehrer und Hilfslehrer sowie die vollbeschäftigten Vikare an den städtischen Volksschulen: a) Unverheiratete bei einem Einkommen bis zu 2000 M. 15 M., b) Verheiratete bis zu 2000 M. 20,25 bis zu 2850 M. 22,50, bis zu 3000 M. 18,75 und bis zu 5100 M. 15 M. monatliche Kriegszulage. Die Auktorkriegszulage, für jedes Kind 5 M. monatlich, erhalten bei einem Einkommen bis zu 6000 M. vom 1. Januar 1917 an Beamte, Angestellte und Arbeiter (auch die Kriegsauswärtigen), sowie die ständigen und die vollbeschäftigten nichtwährenden Lehrkräfte an den städtischen höheren Schulen, vom 1. Dezember 1916 an die Direktoren, die ständigen Lehrer und Hilfslehrer, sowie die vollbeschäftigten Vikare an den städtischen Volksschulen mit einem Einkommen bis zu 6000 M. für jedes Kind 7,50 M. monatliche Zulage.

Die einmalige Beihilfe wird an die Beamten, Angestellten und Arbeiter (mit Ausnahme der Kriegsauswärtigen) und die Direktoren, die ständigen Lehrer und Hilfslehrer und die vollbeschäftigten Vikare an den städtischen Volksschulen und höheren Schulen mit einem Dienstverdienst von nicht mehr als 5100 M. gewährt in Höhe:

Table with 2 columns: Category and Amount. Categories include: a) Unverheiratete sowie verwitwete oder Geschiedene ohne Kinder unter 15 Jahren (20 M.), b) Verheiratete ohne Kinder unter 15 Jahren (30 M.), c) Verheiratete, verwitwete oder Geschiedene mit Kindern unter 15 Jahren, und zwar: mit 1 Kind (45 M.), 2 Kindern (60 M.), 3 " (75 M.), 4 " (90 M.), 5 oder mehr Kindern (100 M.).

Die einmaligen Beihilfen werden nach erteilter Zustimmung der städtischen Körperschaften ausbezahlt. Sie sind nur an solche Beamte, Lehrer usw. zu gewähren, die sich mindestens seit dem 1. Oktober 1916 in Dienst befinden. Im übrigen ist für die Gewährung und Bemessung der einmaligen Beihilfen der Stand vom 1. Dezember 1916 maßgebend.

Die weiblichen Personen erhalten, wenn sie unverheiratet oder wenn sie verwitwet oder geschieden und ohne Kinder sind, die Kriegszulage und die einmalige Beihilfe wie die männlichen Personen. Verheiratete erhalten weder Kriegszulage, noch Auktorkriegszulage oder einmalige Beihilfe, wenn der Ehemann einen seinen Verhältnissen entsprechenden Verdienst hat; ist dies nicht der Fall und sind sie als Ernährer der Familie anzusehen, so können sie allenfalls bei gleichen Sätze wie die Verheirateten erhalten. Verwitwete oder Geschiedene mit Kindern erhalten Kriegszulage, Auktorkriegszulage und einmalige Beihilfe wie männliche Personen mit Kindern, wenn die alleinige Ernährer der Kinder sind (als solche gelten z. B. Empfänger von Kriegsunterstützung oder Militärhinterbliebenenbeihilfen).

Wer erhält, oder soll keine der drei Zulagen erhalten? Nach der Ratvorlage a) die Beamten, Lehrer usw., die bei dem Heere, der Marine oder den Schutztruppen Dienst tun, oder die bei der Militär-, Marine- oder Kolonialverwaltung oder bei den Verwaltungen in den besetzt gehaltenen Gebieten beschäftigt sind, sowie die im Sanitätsdienst tätigen Beamten, Lehrer usw., b) die nur im Nebenberuf bei der Stadt Beschäftigten und c) die als Dienstgenossin freie Station genießen. Kriegszulage und einmalige Beihilfe erhalten die lediglich zur Kriegsaushebung angenommenen Auszubehringenden und Auszubehringenden nicht.

Die Auktorkriegszulage wird gewährt für Kinder unter 15 Jahren, die am 1. des Monats, für den die Zulage gewährt wird, noch nicht 15 Jahre alt sind und vom Bezugsberechtigten voll unterhalten werden. Den ehelichen Kindern werden Stiefkinder, Adoptivkinder und Pflegekinder, unter den gleichen Voraussetzungen gleichgestellt. Zumeist im Laufe des Monats Änderungen ein, so sind sie erst vom folgenden Monat an zu berücksichtigen.

Wenn besondere Verhältnisse es angezeigt erscheinen lassen, kann das Personalamt - bei Lehrern das Schulamt - die Zulagen auch für über 15 Jahre alte Kinder bewilligen.

Das letztere bedeutet noch eine besondere Bevorzugung; den vollwährenden Lehrerfamilien ist eine besondere Kriegszulage für Kinder gewährt zu ginnen, wie aber wird sie begründet? Die über 15 Jahre alten Kinder kosten, weil sie höhere Schulen besuchen, die Eltern sehr viel Geld. Das ist gewiss richtig. Was würde den Eltern aber, die mit solcher Begründung besondere Zulagen fordern, wohl geantwortet werden? Doch sicher: Wenn Sie die Kosten nicht erwirtschaften können, dann dürfen Sie Ihre Kinder nicht auf hohe Schulen jenden!

In Krankheitsfällen werden Kriegszulage und Auktorkriegszulage solange fortgezahlt, als nach den bestehenden Bestimmungen Gehalt, Lohn, Zuschuß zum Krankengeld oder Bezüge nach dem Kriegsgesetz über die Beurlaubung gewisser städtischer Beamten und Angestellten von der Krankenkassenversicherungspflicht gezahlt werden. Verzeihen diese Bezüge im Laufe eines Monats ihr Ende, so gilt für den betreffenden Monat für den Fall des Ausscheidens die folgende Bestimmung:

Wer im Laufe eines Monats aus dem städtischen Dienst durch Entlassung zum Heeresdienst oder durch Tod ausscheidet, erhält für diesen Monat den vollen Betrag der ihm zustehenden Zulagen. Erfolgt das Ausscheiden aus andern Gründen vor dem 10. des Mo-

nats, so wird für diesen Monat nichts gezahlt; erfolgt das Ausscheiden nach dem 15. des Monats, so werden die vollen Monatsbeträge gezahlt.

Was nun an der Vorlage ganz besonders auffällt, ist die Tatsache, daß die Auswärtigen aller Gattungen bei der Kriegszulage und der einmaligen Zulage leer ausgehen, obwohl sie nicht nur die gleichen Leistungen wie die ständigen Angestellten zu vollbringen haben, der Stadt also in dieser schweren Zeit ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen, sondern auch gegenüber den ständigen städtischen Angestellten usw. sonst im Nachteil sind. Die Bezahlung bleibt hinter der, die in Privatbetrieben jetzt üblich ist, meist zurück, dabei haben die Auswärtigen aber unter der Zerstörung und den sonstigen drückenden Verhältnissen genau so zu leiden, wie die ständigen städtischen Angestellten und die Besserbezahlten in den Privatbetrieben. Man vermischt hier den sonst so stark betonten sozialen Gesichtspunkt vollständig. Wenn nun schon eingewendet wurde, daß Auswärtige, besonders manche Nacharbeiter, durch Gewährung der Kriegszulagen auf ein höheres Einkommen können als die ständigen Angestellten, so kann dies doch als kein stichhaltiger Einwand angesehen werden. Sind denn die ständigen Angestellten durch ihren Pensionsanspruch, durch ihr regelmäßiges und gesichertes Einkommen den Auswärtigen gegenüber nicht sowieso schon sehr im Vorteil? Im Ernst wird man es nicht bestreiten können. Auch die Höhe der Ausgaben kann als kein stichhaltiger Grund angesehen werden, den Auswärtigen die Zulagen nicht zu gewähren. Freilich müssen sich die Auswärtigen auch selbst mehr rühren und den Mat um die Gewährung der Zulagen ersuchen.

Wohl liegen einige Eingaben an das Stadtverordnetenkollegium vor, doch scheint es, als ob die Auswärtigen in ihrer Gesamtheit sich über den einzuerschlagenden Weg, um zur Zulage zu kommen, nicht recht klar sind, sonst müßten sie sich längst zu einer gemeinsamen Eingabe zusammengefunden haben. Die Vorlage wird voraussichtlich in der nächsten Stadtverordnetenversammlung behandelt werden.

Neue Bekanntmachungen.

Ein Pfund Kartoffeln gibt es für die Woche vom 13. bis 19. März, außerdem werden 5 Pfund Kohlrüben und 200 Gramm Mehl abgegeben. Näheres ist aus der amtlichen Bekanntmachung ersichtlich.

Zur Beilegung der Frauen an den landwirtschaftlichen Arbeiten fordert die Kriegsamstelle in einem Aufruf der vorliegenden Nummer auf.

Die Bildung von Arbeiterausschüssen nach dem Hilfsdienstgesetz behandelt eine Bekanntmachung des Rats, im Informativteil. Die Ausgabe von Fahrscheinen für Schwerarbeiter erfolgt, wie aus der amtlichen Bekanntmachung ersichtlich ist, in der Zeit vom 9. bis 16. März.

Kaffee-Ersatzmittel-Karten.

Es geht rüstig vorwärts, bald wird es an nichts mehr fehlen! Die große Organisation der Ersatz-Lebensmittelverteilung wird immer großzügiger und zielbewusster ausgebaut, zum Wohle der Ersatz-Nahrungsmittelkonumenten. Das Organisations-talent hat auf diesem Gebiete einen neuen Erfolg zu verzeichnen, die Kaffee-Ersatzmittel-Karte wird eingeführt. Das heißt nun nicht etwa, daß in Zukunft nicht mehr jeder so viel Kaffeeersatz trinken kann als er Lust hat, denn davon war ja schon lange keine Rede mehr. Die Neueinrichtung soll nur die "Zählangelegenheit" vor den Kaffee-Ersatzmittelgeschäften verhindern. Die neue Bezugskarte ist auch nicht amtlich, sondern nur halbamtlich. Sie verleiht ihr Zeilen einer Anregung des Rats, der mit den Inhabern der größeren Kaffeehandlungen eine Besprechung abgehalten hat, in der er den Geschäftslenten empfahl, Kaffee-Ersatzmittelkarten an ihre Kunden auszugeben. In Zukunft wird auf den Lebensmittellistenumschlag in den Geschäften eine Kaffeekarte angehängt, die die Nummer 1-20 trägt. Auf jede Nummer wird für 14 Tage ein Paket Kaffeeersatz ausgegeben. Anspruch auf Lieferung gewährt aber die Kaffeekarte nicht. In Zukunft werden wir also die Wurzeln der Dürre, die Früchte von Hagebutten, Kaktus, Eiche, Weidornen usw. in streng zugemessenen Rationen trinken, vorausgesetzt, daß man in den Geschäften den Kaffeeersatz zu kaufen bekommt.

Zur Kohlennot.

Der Polizeibericht enthält folgende Notiz: "Kohlenbezug für das Haus. Es ist in hiesiger Stadt die Meinung entstanden, daß einem jeden ein Anspruch auf eine wöchentliche Kohlenmenge von zwei Zentnern zustehe. Diese Ansicht ist nicht begründet. Um Unzutraglichkeiten zu begegnen, wird darauf hingewiesen, daß die Kohlenhändler die Weisung haben, um bei geringer Kohlenzufuhr einen möglichst großen Kreis mit Kohlen zu versorgen, diese dann nur in kleineren Posten abzugeben, so daß es wohl vorkommen kann, daß die Käufer sich auch einmal mit einer geringeren Menge begnügen müssen. Demgemäß hat aber auch kein Kohlenhändler eine Vorausbezahlung auf Kohle anzunehmen oder auch die Lebensmittellistenumschläge im voraus abzustempeln. Beides hat erst beim Verkauf selbst zu geschehen."

"Diese Ansicht ist nicht begründet." Sehr richtig! Aber sie ist nicht nur nicht begründet, sondern auch nicht mehr vorhanden; wenigstens nicht bei den Frauen, die sich Stundenlang um ein kleines Quantum Kohlen vor den Geschäften anstellen müssen. Diese Frauen sind aus eigener, bitterer Erfahrung an der Erkenntnis gekommen, daß sie keinen wöchentlichen Anspruch auf zwei Zentner Kohle haben. Wie schlimm es damit bestellt ist, das kann man jeden Tag beobachten, wenn man an Kohlengeschäften vorbeigeht; das zeigen aber auch die zahlreichen Klagen, die uns zugehen. In einer dieser Zuschriften meinte eine Leserin, die Zeitungen könnten durch schärfere Kritik an den Zuständen auf eine Besserung hinwirken. Was doch auch im Kreise unserer Zeitungsläser manchmal noch für merkwürdige Vorstellungen über die Zeitungsredaktion verbreitet sind. Als ob ein Zeitungswissenschaftler, während des Krieges schreiben könnte, was er Lust hat, und was der Stimmung der Frauen Ausdruck gibt! Wenn dann die erwähnte Leserin meint, es wäre nützlich, einmal die Redakteure mit zur Kohlenpolonaise antreten zu lassen, so ist es für uns ja sehr tröstlich, daß diese freundliche Einladung an alle Redakteure, also auch an die der bürgerlichen Presse, ergeht. Wieviel eine solche lebende und die Haltung der bürgerlichen Presse beeinflussen würde, wollen wir nicht weiter untersuchen, wir aber können auch dann keine schärfere Kritik an den Zuständen üben, so gern wir es schon aus eigenem Antiecke täten. Im übrigen möchten wir der sogenannten lieben Leserin sagen, wenn eine Besserung in der Kohlenversorgung eintreten soll, dann müssen ganz andre Maßnahmen ergriffen werden. Die Zeitungswissenschaftler können das nicht. Mancher Kerger und viel Zeit könnte den ohnehin durch die Jagd nach Lebensmitteln überlasteten Frauen erspart werden, wenn die Kohlenhändler den wartenden Frauen lazen würden, wieviele von den Frauen an dem Tage Auslöshi haben, Kohlen zu bekommen. Der Kohlenhändler weiß doch genau, wieviel er Kohlen hat, oder vom Bahnhof zu erwarten hat. Gibt er dann entsprechend seines Kohlenvorrats an die wartenden Frauen Nummern aus, dann würde wenigstens verhindert, daß viele Frauen einen halben Tag vornehmlich warten. Wenn die Kohlenhändler nicht von selbst so viel Mühe auf die Frauen nehmen, dann sollte sie der Rat dazu zwingen.

Das Haushaltaluminium beschlagnahmt. Die Beschlagnahme des Aluminiums wird außer auf alle gewerblichen Aluminiumgeräte auch auf die gesamten Aluminiumgeräte ausgedehnt, wie sie sich nahezu in jedem Haushalt vorfinden. Namentlich in der Küche hat sich dieses leichte, angenehme Metall seit einer Reihe von Jahren in Gestalt von Kochtöpfen und andern Küchengeräten eingebürgert. Auch hundertlei andre Gegenstände des Speisezweigs und des Haushalts fertigt man aus Aluminium. Alles dieses Gerät gilt vom 1. März an als beschlagnahmt, gleichgültig, ob es sich im Besitz von Händlern, von Privatpersonen, von öffentlichen Körperschaften usw. befindet. Es wird demnach die Anmeldungspflicht bekanntgegeben werden, und danach ist die Enteignung und Anfordderung zum Abliefern des Aluminiumgeräts zu erwarten. - Vielen Hausfrauen wird diese Beschlagnahme sehr unangenehm sein, da sie sich bei den jetzigen teuren Preisen mit andern Geschirr werden versehen müssen.

Beginn des Schulunterrichts. In unrer gestrigen Notiz über den Beginn des Volksschulunterrichts bemerken wir noch, daß zur Zeit nicht alle, sondern in jedem Stadtviertel nur einige mit Kohlen-vorräten versehene Volksschulgebäude geheizt und von den Nachbarschulen mit benutzt werden.

Begleit der Osterprüfungen. Das Ministerium hat verordnet, daß die diesjährigen Osterprüfungen in Volks-, Fortbildungs- und Privatschulen im Wesfall gestellt werden. Von Erteilung der Osterzeugnisse soll aber nur in seltensten Fällen abgesehen werden.

Tousselle ist schädlich für die Augen. Die Verwendung von Tousselle wird von einem Arzt in einer Zeitung als schädlich für die Augen bezeichnet. In einer ganzen Anzahl von Fällen, so führt er aus, habe er bei Augenkrankungen festgestellt, daß diese auf die Verwendung von Tousselle zurückzuführen seien. Viele Augenentzündungen, namentlich bei Kindern, kommen daher, daß Teile dieser Seife beim Waschen in die Augen gekommen waren, wodurch die Entzündung hervorgerufen wurde. (Hemfelder Arbeiterztg.)

Hauptverhandlungen des Schwurgerichts. Donnerstag, 8. März, vormittags 9,10 Uhr, gegen den Rühmlicher Oberst Artur Rowen aus Rastatt anstalt wren verurlichter Notstand, mittags 12 Uhr, gegen den Postassistenten Joseph Rudolf Wilhelm Embertner aus Gittelde wegen Unterschlagung im Amte; Freitag, 9. März, vormittags 9,10 Uhr, gegen die Kaufmannsbehrin Gene von Raden eb. Wuse aus Maderberg wegen Meineids; Montag, 12. März, vormittags 9,10 Uhr, gegen die landwirtschaftliche Arbeiterin Josefa Kowalewyl aus Bierzbiec in Polen wegen Kindesbstanz; Dienstag, 13. März, vormittags 9,10 Uhr, gegen den Wagenführer Frau Louise Georg Theodor Döbrich aus Sonneberg wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang; Mittwoch, 14. März, vormittags 9,10 Uhr, gegen die Köchlerin Wally Helene Prclosa Pöschle aus Leipzig wegen Totschlag; Freitag, 16. März, vormittags 9,10 Uhr, gegen das Dienstmädchen Emma Marie Burghalter aus Döbrich wegen Meineids und Urkundenfälschung; Montag, 19. März, vormittags 9,10 Uhr, gegen die Geographin Elisabeth Frieda Hoffmann geb. Hartkopf aus Leipzig wegen Eideschwörens und Kindesbstanz; Dienstag, 20. März, vormittags 9,10 Uhr, gegen den Raschmitten Gustav Emil Julius Eilenstein aus Bückeburg wegen Totschlag nach § 214 StGB und schweren Diebstahls; Mittwoch, 21. März, vormittags 9,10 Uhr, gegen den Karussellfabrikanten Joseph Dübner aus Wpluba in Oesterreich wegen Meineids; Freitag, 23. März, vormittags 9,10 Uhr, gegen die Arbeiterin Katharina Zulfewicz aus Mictuczyna in Russisch-Polen wegen Kindesbstanz.

Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Horn.

Knochen- und Kleinfleischverkauf auf dem Schlachthofe. Donnerstag, den 8. März, früh, von 8-10 Uhr Nr. 0501 bis 7500; von 10-12 Uhr nur für Umlauber; von 1-2 Uhr Nr. 7501 bis 8000; von 2-3 Uhr Nr. 8001 bis 8500; von 3-4 Uhr Nr. 8501 bis 9000; von 4-5 Uhr Nr. 9001 bis 9500. Passendes Kleingeld und vier Fleischmarken sind mitzubringen.

Die Firma Augustin verkauft heute Rindsknochen an die Nummern von 49001 bis 44500.

Freibank I, Donnerstag, dem 8. März, Nr. 3701 bis 4100; Freibank II Nr. 261 bis 340.

Polizeinrichten.

Beim Wäschewaschen geiztet.

Am Dienstagvormittag wurde die 44jährige Wirtschafterin Margarete Lindner in L-Stötterth, die mit Wäschewaschen an einer elektrischen Wäscherohle beschäftigt gewesen war, von ihrer Schwester tot aufgefunden. Sie hatte anscheinend, während die Rolle bereits in Betrieb war, sich noch an der aufgelegten Wäsche zu schaffen gemacht und ist dabei von dem Kollkasten erfaßt und erdrückt worden. Ob ein Verschulden von einer andern Seite vorliegt, wird noch erörtert.

Selbstmord und Selbstmordversuch. Im Döwiertel entleibte sich ein 67jähriger Ingenieur durch Erschießen. Schwermut hat ihn zu dem Schritt veranlaßt. - An der Weitsbrücke war eine 10jährige Verkäuferin in selbstmörderischer Absicht in die Elster gesprungen. Sie wurde von einem Wahnbeamten wieder herausgezogen und nach der Polizeiwache gebracht. Von dort wurde sie in ein Krankenhaus übergeführt.

Feuerbericht. Am Laufe des Dienstag fanden in der Breitenfelder Straße, der Heißelstraße, der Wälfauer Straße und der Kohlgartenstraße geringere Brände statt. Die Feuerwehr war in allen Fällen ausgerückt, kam aber in einem Falle nicht in Tätigkeit.

Misset Diebstähle. Einem Arbeiterburschen wurden am 20. Februar nachmittags in der dritten Stunde im Geschäftsfloß der Firma Pratorius u. Kreudel, hier, Hainstraße 16, ein Betrag von 50 M. gestohlen. Als Täter kommt ein 17-18 Jahre alter Kaufbursche mit grünlichem Ufser und Mantel in Frage, der dort feilenste einkaufte. Arbeitgeber, die am genannten Tage Feilenhefte dort holen ließen, werden um Mitteilung gebeten. - In der Nacht zum 5. März wurden aus einem Garten in L-Mockau 19 Hühner, meist mit gelbem Gefieder, im Werte von etwa 250 M. gestohlen. - Weiter gelang es Tieden, aus einem Hofe in der Klingensstraße 6 große, darunter 3 graue und 3 weiße, Kaninchen zu entwenden.

Gestohlenes Silberzeug. Bei einem Wohnungseinbruch in Frankfurt a. M. wurde silbernes Speisegerät mit dem Monogramm L. C. und eine silberne Damenremontuhr mit der Gravierung A. W. gestohlen. Bei verdächtigen Kaufangeboten wird um Vennachrichtigung der Kriminalabteilung ersucht.

Vorsicht vor Taschendieben! Ein 17jähriger Arbeiterbursche wurde wegen Taschendiebstahls festgenommen. Es gelang, ihm eine ganz erhebliche Anzahl Taschendiebstähle als von ihm begangen nachzuweisen. Er hatte oft recht ansehnliche Beträge erlangt. Der Fall mahnt aber auch wieder ganz besonders zur Vorsicht vor Taschendieben beim Aufenthalt an Straßenbahnhaltestellen und in Warenhäusern. - Einer Gemütskranke wurde am 3. d. M., vermutlich in der Markthalle, eine Geldbörse mit 470 M. in Hundert-, Fünfund- und Zehnmarsknoten, verschiedene hiesige Sparfassenmarken und ein Lotterielos aus einer Unhängetafche gestohlen. Bei Wahrnehmungen über diese Diebstähle oder den Verbleib der gestohlenen Sachen bittet man um Nachricht an die Kriminalabteilung.



# Preuhischer Landtag.

## Abgeordnetenhaus

71. Sitzung. Dienstag, 6. März, vorm. 11 Uhr.

Für den erkrankten Abg. Frhr. v. Zebly (freikons.) wird der Abg. Brüll (freikons.) zum Ersatzpräsidenten gewählt.  
Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Landwirtschaftsgesetzes.

Ein Antrag Brüll (freikons.) ersucht die Regierung, dahin zu wirken, daß nicht kriegsverwendungsfähige Soldaten, soweit wie möglich, für landwirtschaftliche Arbeiten überwiesen werden und daß gepflügt werde, welche von den für industrielle und gewerbliche Zwecke in Anspruch genommenen, für landwirtschaftliche Arbeit geeigneten Kriegsfreiwilligen für die Dauer der Saatbestellung und der Ernte der Landwirtschaft zugewiesen werden können.

Abg. Wallendorf (Zentr.) spricht, im einzelnen auf der Ertritte unverständlich, über den Anbau von Brotgetreide und Kartoffeln, Obst und Gemüse.

Abg. Brüll (freikons.) befragt seinen Antrag.

Abg. Soeh (kons.) auf dem Gebiet der Lebensmittelproduktion ist ein großes Mißverhältnis im Lande vorhanden. Gewisse Kreise wollen das Landwirtschaftsministerium am liebsten nebenbei vom Kriegsernährungspräsidenten verwalten lassen. (Hört, hört!) Man hat sogar angeregt, die landwirtschaftliche Verwaltung unter das Reich zu stellen. (Hört, hört!) Das ist unmöglich. Die Landwirtschaft darf nicht zersplittert werden, sondern sie muß eine Machtsphäre ganz besonderer Art erlangen. (Sehr gut! recht.) Statt dessen haben wir seit Kriegsbeginn die Kompetenzen des Landwirtschaftsministeriums immer mehr eingeschränkt (Sehr wahr! recht), während man in England dem Landwirtschaftsminister eine fast unbeschränkte Machtsphäre gibt. Eine zwangsweise landwirtschaftliche Produktion ist unmöglich. Herr v. Batacki hat im Anschluß erklärt, daß ihm Maßnahmen fernliegen, die mit der Pflicht des Landwirts unvereinbar wären; das würde aber für gewalttätige Eingriffe zu treffen. Die Landwirtschaft ist nur möglich durch das Zusammenwirken von Ackerbau, Viehzucht usw. Darum ist es falsch, alles „Konsumfähige“ sofort der menschlichen Ernährung auszuführen. Räten noch Zwangsmaßnahmen dazu, so wäre das Land bald fertig. Unbegreiflich, daß man da noch die Viehpreise herabsuchen entschlossen scheint. (Sehr wahr! recht.) Die Folgen würden tiefstark sein.

Abg. Westermann (Kons.): Der Bruch mit Amerika, die Verlingerung des Schiffraums, die Unmöglichkeit unserer Auslandszufuhr nach dem Kriege zwingt uns zur nachdrücklichsten Förderung unserer Produktion. Dafür ist aber die Hauptbedingung, daß sich der Anbau der einzelnen Fruchtgattungen lohnt. Produktions- und Anbauumfang bestimmter Früchte sind unüberschreibbar.

Abg. Pippmann (Soz.): Ich bedaure, daß Herr v. Batacki nicht diesen Verhandlungen beizuhelfen, zum mindesten könnten wir erwarten, daß der neuernannte Staatskommissar für Ernährungszwecke hier anwesend sein würde. (Sehr richtig!) Neben der Landwirtschaft ist die Fischerei in ihren Erträgen möglichst zu stärken. Zur Förderung der Produktion halten wir aber eine weitere Erhöhung der Preise nicht für notwendig. Die Güterpreise sind wesentlich gestiegen; es findet ein lebhafter Güterhandel statt; das beweist, daß die Landwirtschaft bei den jetzigen Preisen durchaus rentabel ist. (Sehr wahr! links.) Die Herabsetzung der Fleischpreise hat Herr v. Batacki seinerzeit für das Frühjahr fest zugesagt. Die Erfüllung dieses Versprechens wird jetzt auch nach dem Gutachten jener zwölf Professoren in sozial andere Preisverhältnisse eingewandelt, daß für die Landwirtschaft im ganzen ein Ausbleiben der Preise erfolgt. Der neue Staatskommissar muß so selbstständig wie möglich gemacht werden; in den Landwirtschaftsstellen und Ämtern müssen auch die Konsumenten vertreten sein, und zwar vor allem auch die Großstädte. Den Städten werden Versicherungsverträge empfohlen, aber wenn sie solche abschließen, werden die Waren von irgendeiner Verteilungsstelle beschlagnahmt. Das muß zur Passivität der Kommunalverwaltungen führen. (Sehr wahr! links.) In Danzig ist vom Regierungspräsidenten ein Flugblatt verbreitet worden: „Wie soll ich jetzt werden?“, worin als Hauptgebot aufgestellt ist: „Höre auf zu essen, sobald du keine Glust mehr hast.“ (Große Heiterkeit.) Eine solche Leistung erinnert an den ungesundesten Polizeibeleg verpannener Zeiten. (Sehr richtig!)

Abg. Braun (Soz.): Die Zahl der Verordnungen, der Kommissionen, Beiräte, Ämter, Gesellschaften mit beschränkter und unbeschränkter Haftung wird immer größer, nur etwas wird immer knapper, das sind die Lebensmittel selbst. Die Preise sind ins Ungeheuerliche gestiegen. Man betont immer die Notwendigkeit, die Lebensmittelversorgung zu steigern. Zweifelslos wäre die Landwirtschaft nach dem heutigen Stande der Wissenschaft in der Lage, auf dem uns zur Verfügung stehenden Boden sehr viel mehr zu erzeugen, als sie jetzt erzeugt. Aber zur Zeit fehlt es dem an den notwendigen Voraussetzungen. Seit im dritten Kriegsjahr ist noch immer nicht der erforderliche Anreiz für die Produktion. Es müssen auch unbedingt der Landwirtschaft die notwendigen Ämter und massiven Kräfte zur Verfügung gestellt werden. Vor allem muß alles Boden- und brachliegende Land der Landwirtschaft zur Verwertung angeführt werden. In den Kriegswirtschaftsämtern hat kein einziger Arbeitervertreter. (Hört, hört! bei den Soz.) Man scheint in der Landwirtschaft mit den alten Gepflogenheiten in Bezug auf die Behandlung der Arbeiter noch immer nicht brechen zu wollen, und auch sonst sind mit Mittelungen zuzuschauen, wonach bei sehr vielen Arbeitgebern in Bezug auf Behandlung und Bezahlung der ländlichen Arbeiter von einer Neuorientierung noch wenig zu spüren ist. Auch die Gefangenen müssen möglichst gut behandelt und ernährt werden. Ich verleihe durchaus die Empörung über die inhumanen Behandlung, die zum Teil unsere deutschen Gefangenen im Ausland zu ertragen haben. Das darf uns aber nicht veranlassen, Gleiches mit Gleichem zu vergelten und dies inhumanen Vorgehen an Unschuldigen zu rächen. Auch die polnischen Saisonarbeiter, die hier bei Anbauarbeiten festgehalten wurden, werden von vielen Arbeitgebern nicht nur als billige, sondern noch mehr als willige Arbeiter ausgenutzt. Das sind dieselben Arbeiter, denen für ihre Produkte die Preise nicht hoch genug sein können. An der Deutschen Tageszeitung beschwerte sich ein Landwirt darüber, daß die Tagelöhner, wenn sie ihre schulpflichtigen Kinder zur Arbeit schicken, für diese doppelt und dreifach soviel Lohn wie früher verlangen. Aber wenn gewisse Landwirte erklären, wir bauen dies oder jenes Produkt nicht an, wenn wir nicht einen höheren Preis bekommen, so hält das der Arbeitgeber des Kritikers jedenfalls für ganz richtig. Entschieden entgegenzetreten muß ich der Auffassung, die eine fortwährende Preissteigerung der Lebensmittel als Mittel zur Förderung der Produktion betrachtet. Für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ist dieser Grundgedanke verhängnisvoll geworden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Steigerung der Preise hat nicht nach Ausbruch des Krieges ohne jeden sachlichen Grund eingesetzt. In der Kommission wurde von konservativer Seite mit einem gewissen Fatalismus darauf hingewiesen, alle Kriege hätten erfahrungsgemäß Preissteigerungen mit sich gebracht. Gewiß, aber ebenso, wie wir die feindliche Inflation früherer Kriege, die verheerenden Epidemien durch die Fortschritte der Wissenschaft in diesem Kriege mit Erfolg bekämpft haben, so muß das auch gegenüber der Preissteigerung möglich sein. Mit einer Steigerung der Löhne hat die Preissteigerung nichts zu tun, denn im Anfang des Krieges stiegen die Löhne. Erst die Verteuerung der Produkte führte schließlich dazu, daß auch die Löhne steigen mußten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das Gutachten der zwölf Professoren ist von den Russen nicht als augenscheinlicher Witz auf dem Gebiete der Preisgestaltung nicht besonders freundlich aufgenommen worden. Man akzeptiert zwar alle von ihnen vorgeschlagenen Erhöhungen, läßt aber Sturm gegen die Preisherabsetzung. Ich muß die von den Professoren vorgeschlagenen Preisfestsetzungen auch energisch bekämpfen, sie sind meist viel zu hoch. Ihr Vorschlag, Brot und Kartoffeln noch

zu verteuern, muß in weitesten Kreisen des Volkes Enttäuschung und Empörung auslösen, die lediglich von Brot und Kartoffeln leben und von der gleichzeitig vorgeschlagenen geringen Herabsetzung der Fleischpreise gar nichts haben, da sie bei den hohen Preisen nicht in der Lage sind, die auf sie fallende Fleischration in Anspruch zu nehmen. Die vorgeschlagenen Preissteigerungen entbehren auch jeder inneren Berechtigung. Man muß von den Produktionskosten ausgehen. Diese sind nach allgemeiner Annahme bei der Landwirtschaft um 20 bis 40 Proz. gestiegen. Ich halte diese Annahme allerdings für zu hoch, denn an Löhnen wird bei der billigen Arbeit der Kriegsfreiwilligen, der polnischen Arbeiter und der Frauen und Kinder heute in der Landwirtschaft nicht viel mehr bezahlt, als im Frieden. Aber auch bei 20 bis 40 Proz. Steigerung der Produktionskosten würde der jetzige Brotpreis gerade dieser Steigerung entsprechen. Die Kartoffeln stehen jetzt schon mehr als 100 Proz. über dem Friedenspreis. Die diesjährige Kartoffelernte ist nach meiner Ueberszeugung keineswegs so schlecht, wie man sie hinstellt. Das hätte sich herausgestellt, wenn man nach unserm Vorschlag den Ertrag sofort nach der Ernte festgesetzt hätte, anstatt die Kartoffeln erst in die Mieten bringen zu lassen und dann zu schälen. Aber man scheint einen zweifelhaften Bestand nicht aufnehmen zu wollen. Ein großer Teil der Kartoffeln ist in diesem Winter zweifellos in den Futtertrögen verschwunden. Dadurch sind nicht nur große Mengen Kartoffeln der menschlichen Ernährung entzogen, sondern es ist direkt die Auslastung für das nächste Jahr gefährdet. (Sehr wahr! bei den Soz.) Durch höhere Futterpreise, wie sie jetzt von der Regierung den Futtertrögenbauern zugestanden worden sind, steht man diesen zwar höhere Gewinne, erzieht aber keinen oekologischen Anbau. Generalleutnant Gröner hat mir geschrieben, daß Arbeiter, die in der heutigen Zeit um weniger Großen Mehrverdienst willen vom Lande in die Stadt ziehen, Wohnen nicht bezahlen. Den Landwirten aber, die den so nötigen Futter auszubauen sich weigern, weil sie nicht höhere Preise bekommen, auf die also dieser Vorkurs der Wohnen nicht genau so zutreffen würde, erfüllt die Regierung restlos ihre Forderungen. — Die vorgesehene geringe Herabsetzung der Fleischpreise kommt viel zu spät und ist auch ganz unzulänglich. Anstatt die Produkte im Preise herabsuchen, die mit Milch und Butter konzentrieren, geht man wieder den umgekehrten, den für die Erzeugung einträglicheren Weg. Auch die „reichlichen“ Gemeindepfeile sollen nach den Professoren bestehen bleiben. Dabei sind diese Preise heute schon teilweise Minderpreise, die jeder Bauernhof zu bezahlen. Man macht sich von ihrer Not in jenen Kreisen offenbar gar keine rechte Vorstellung. Privatlich wurde berichtet, daß ein 14jähriger Schüler, der die für die eigene Familie bestimmte Portion mit aufgefressen hatte, sich aus Furcht vor Strafe erkümmelt habe. Das ist ein Einzelfall, aber ein trauriger Auschnitt aus der Tragödie, die sich jetzt in den breitesten Volksschichten abspielt. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wenn man sich dieser Opfer der breiten Massen der Vorwand des Hungers der Landwirte an den Kaiser telegraphierte, daß die Landwirte zu allen Opfern, zu jeder Leistung und Entbehrung bereit sind, so ist das eine Frezählung. Und wenn anerkannt wird, daß die für die eigene Familie bestimmte Portion mit aufgefressen hatte, sich aus Furcht vor Strafe erkümmelt habe, das ist ein Einzelfall, aber ein trauriger Auschnitt aus der Tragödie, die sich jetzt in den breitesten Volksschichten abspielt. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wenn man sich dieser Opfer der breiten Massen der Vorwand des Hungers der Landwirte an den Kaiser telegraphierte, daß die Landwirte zu allen Opfern, zu jeder Leistung und Entbehrung bereit sind, so ist das eine Frezählung. Und wenn anerkannt wird, daß die für die eigene Familie bestimmte Portion mit aufgefressen hatte, sich aus Furcht vor Strafe erkümmelt habe, das ist ein Einzelfall, aber ein trauriger Auschnitt aus der Tragödie, die sich jetzt in den breitesten Volksschichten abspielt. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Zur Hindenburgrede stelle ich fest, daß viele Waren nicht „verboten“ und „geopfert“ sind, sondern zum Höchstmaß bezahlt werden müssen. Am ganzen Deutschen Reich sind bis Ende Januar 1,8 Millionen Kilogramm abgeleert worden, bei über 5 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe also 900 Gramm auf jeden. (Hört, hört! links.) Da müssen viele Landwirte gar nichts herangehen haben, und von einem glänzenden Ertrags ist gar keine Rede. Mit Freiwilligkeit ist da gar nichts zu machen, der „schöne Sozialismus“ wird im Kriege etwas ungesund, deshalb muß zwangsweise angesetzt werden und zwar nicht durch Massen auf den Pöbelhöfen mit all ihren Ungerechtigkeiten, sondern bei den Händlern und Geschicklichen und in den Soz. und Schmalzfirmen auf dem Lande, den Quellen des Schlechthandels! Die Erhaltung der Wirtschaftskraft und Gesundheit der Arbeiterbevölkerung ist von höchster Wichtigkeit für das Land. Der Schlechthandel aber erweitert die bessere Versorgung der Bevölkerung auch noch auf die Zahlunfähigen in den Städten. Je länger der Krieg dauert, desto unweigerlich macht sich der Hunger breit, und zwar auch offen. Alles Mögliche wird mit Wasser und Gelee um in Pöbeln gepreßt und dann zu wahnwitzigen Preisen verkauft. Dieser Hunger in Menschlichkeit mußte mit aller Energie bekämpft werden. Er ist auch eine Vergeudung von Material und Arbeitskraft, während das Hilfsdienstgesetz alles für die Landesverteidigung nutzbar machen will. — Schwere Zeiten haben wir hinter uns, schwerere vielleicht noch vor uns. Die Volksernährung ist mehr als je unsere Lebensfrage. Die Gewerkschaften und Anstaltenverbände haben den Reichskanzler und den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes darauf aufmerksam gemacht, hier und dort braucht es nur eines Tropfens, um das Volk zum Ueberlaufen zu bringen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir unterstützen jede Förderung der Lebensmittelversorgung, fordern aber völlige Abkehr von der verkehrten Preispolitik, die in Preisverbreiterung ausgeartet ist. Gerechte Verteilung muß erreicht werden, sonst könnte der Wohlstand des Reichskanzlers vom 4. August 1914 „Nicht kennt kein Gebot“ bei den weitesten Volksschichten zur Parole werden. (Sehr! Beifall bei den Soz.)

Mittwoch 11 Uhr: Fortsetzung.

# Aus der Reichshauptstadt

## Dienstpflicht und Angestelltenversicherung.

Durch das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst werden auch die Rechtsverhältnisse der Sozialversicherung berührt. Der Bundesrat hat daher unter dem 24. Februar eine besondere Verordnung erlassen. Diese bestimmt für die Angestelltenversicherung, daß alle im Hilfsdienst als „Angehörige“ beschäftigten Personen der Angestelltenversicherung unterliegen, ohne Rücksicht darauf, ob sie nach dem Hilfsdienstgesetz dienstpflichtig sind oder sich freiwillig gemeldet haben. Hierzu gehört vor allem die Tätigkeit als Handlungsgehilfe, Werkmeister oder Betriebsbeamter und in ähnlich gehobener Stellung, als Bureauangestellter, in leitender Stellung u. ä. Verpflichtungspflichtig ist auch, wer im vaterländischen Hilfsdienst eine Tätigkeit im Ausland ausübt; während sonst eine Beschäftigung im Ausland versicherungsfrei ist. Häufig wird aber auch der Fall eintreten, daß ein früherer Hilfsdienstpflichtiger durch seine Beschäftigung im Hilfsdienst, als Arbeiter u. ä., aus der Angestelltenversicherung herauskommt. Unter diesen Umständen bleibt der durch frühere Beitragszahlung erworbene Anspruch außer Achtlassen. Daneben ist es ihm natürlich unbenommen, während dieser Zeit freiwillige Beiträge zu entrichten. In der Regel wird sich dies empfehlen, da auf die Warteseite die Hilfsdienstzeit nicht angerechnet wird.

War jedoch der als „Angehöriger“ im Hilfsdienst Beschäftigte früher nicht versicherungspflichtig, und wird er auch nach dem Kriege eine die Versicherungspflicht bedingende Tätigkeit nicht ausüben, so greift die Bundesratsverordnung vom 20. September 1918 Platz,

nach der eine während der Kriegszeit übernommene vorübergehende Beschäftigung versicherungsfrei ist. Im Zweifelsfall wende man sich um Rat und Auskunft entweder an die Auskunftsstelle des Rentenversicherungsausschusses, Berlin-Wilmersdorf, oder an die Vertrauensstelle des Vertrauensamtes. — Die Geschäftsstelle des Berliner Versicherungsausschusses befindet sich W. 23, Kottbusstraße 4, I., Zimmer 1 (Sprechstunde: Dienstag, Donnerstags, Sonnabends von 1 bis 3 Uhr), die des Schwerbehindertenausschusses W. 30, Kottbusstraße 20/30 (Sprechstunde: Dienstag und Donnerstags von 1 bis 3 Uhr).

## Regelung der Müllabfuhr.

Ueber die Regelung der Müllabfuhr teilt Wolffs Bureau mit: In einer Berliner Zeitung ist der Militärverwaltung der Vorwurf gemacht worden, daß der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer keine Gespanne zur Müllabfuhr zur Verfügung gestellt worden sind. Hierzu erfahren wir von zuständiger Stelle, daß bisher dringlichere Forderungen, als solche zur Müllabfuhr, zu bewilligen waren. Abgesehen davon, ist sowohl die Wirtschaftsgenossenschaft wie der Grundbesitzerverein Frankfurter Bezirk, von der Transportzentrale des Oberkommandos in den Marken schriftlich aufgefordert worden, einen Herrn zur Besprechung zu ihr zu senden. Dieser Aufforderung hat die Wirtschaftsgenossenschaft am 2. d. M. Folge gegeben und Gespanne für den 8. März angefordert. Der Vertreter des Grundbesitzervereins ist der Aufforderung vom 1. März auch am 2. März nachgekommen. Die Wirtschaftsgenossenschaft, die zur Beschleunigung der Müllabfuhr am Sonnabend, dem 3. d. M., um den Besuch eines Vertreters für Sonntag, den 4. d. M., gebeten war, teilte telefonisch mit, daß sie am Sonntag nicht arbeite! Nunmehr ist die Müllabfuhr mit den zuständigen Stellen, und zwar durch Heranziehung von Privatgespannen infolge Requisition durch die Transportzentrale geregelt.

## Eine Kriegsküche in Grünwald.

Auch in der Gemeinde Berlin-Grünwald hat sich das Bedürfnis nach einer öffentlichen Gemeinküche herausgestellt. Die Gemeinde hat daher beschlossen, am nächsten Montag, 12. d. M., im Hofjäger in der Subertius-Allee eine Kriegsküche für mehr als 300 Personen zu eröffnen. Unter andern haben sich nicht weniger als 170 wohlhabende Haushaltungen für die Küche angemeldet. Der Preis für ein Mittagessen soll nach dem Einkommensverhältnissen der Haushaltungen abgestuft werden: er wird voraussichtlich für minderbemittelte Familien 40 Pfg. und für bemittelte Familien 70 Pfg. betragen.

Musterung österreichisch-ungarischer Landsturmpflichtiger. In den Jahren 1892 bis 1899 gefassten österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen bzw. bosnisch-herzegowinischen Landbesitzern werden in der Zeit vom 9. März bis 28. März 1918 einer neuerlichen Musterung unterzogen werden. Zu erheben haben alle männlichen Personen obiger Jahrgänge, die ihren ständigen Aufenthalt in Groß-Berlin, in der Provinz Brandenburg, Provinz Sachsen oder im Herzogtum Braunschweig haben, und zwar in der Landwehr-Inspektion, Berlin-Schöneberg, General-Pape-Strasse, zwischen 9 und 12 Uhr. — Die einzelnen Musterungslagen sind aus den amtlichen Mitteilungen auf den Aufschlagzettel zu ersehen. Die Musterungspflichtigen haben sämtliche Ausweispassive (Reisepass, österreichisches oder ungarisches Arbeitsbuch, Schmelzchein), einen polizeilichen Anmeldebogen und, falls sie im Februar nicht konfiszieren, zwei behördlich bestätigte unangefangene Photographien mitzubringen.

Gefahle Einbrecher. Die Dedensinbrecher, die in der Uhren- und Goldwarenhandlung der Gebrüder Bölle in der Kochstraße für 20 000 Mark Wert- und Schmuckgegenstände gestohlen hatten, befanden sich schon in den Händen der Kriminalpolizei, bevor noch der Einbruch entdeckt war. Es sind der Schneider Fritz Weber, der Schlosser Friedrich Kuschew und der Krawattenführer Karl Dählig, der von einem Urlaub nicht nach Stettin zurückkehrte. Ein Kriminalbeamter hatte Weber schon länger im Verdacht. Am Sonnabend kam ihm der Beamte auf die Fährte. Die Spur führte nach der Mattheusstraße. Während der Vernehmung hier am Sonntagmorgen beobachtete, kam Weber mit zwei anderen Männern, die später als Kuschew und Dählig festgestellt wurden, heran und gingen in ein Haus hinein. Alle drei trugen schwarze Pakete. Der Beamte holte sich rasch Hilfe, und als die drei noch geraumer Zeit wieder herauskamen, wurden sie festgenommen. Es ergab sich, daß sie sich auf den Weg gemacht hatten, um einen Schritt für Diebstahls zu suchen. In der Wohnung in der Mattheusstraße fanden die Beamten eine große Menge von Wert- und Schmuckgegenständen. Woher die Sachen kamen, wußte man zunächst nicht. Der Dedensinbrecher in der Kochstraße war noch nicht bekannt. Er wurde erst am Montagmorgen entdeckt. Nach seiner Meldung erkannte man bald, daß die in der Mattheusstraße gefundenen Sachen aus der Kochstraße stammten, und daß die Einbrecher bereits hinter Gitter und Kegel saßen. Die Gebrüder Bölle kamen ohne Schaden davon. Ein Teil der beschlagnahmten Sachen war jedoch nicht ihr Eigentum. Es rief von Einbrüchen her, die noch weiterer Aufklärung bedürftig sind.

# Sächsische Angelegenheiten.

## Mutiges Drama.

Am 10. Dezember 1918 wurde auf der Feldmark Groß-Lübbers ein Frettierer, Vater von sieben Kindern, von einem 16jährigen Frettierler erschossen. Die Sache stand jetzt vor dem Landgericht Magdeburg zur Verhandlung. Ueber die Verhandlung wird berichtet: Der Frettierler Hans Demmin aus Wittenberg, geboren 1900, traf am 10. Dezember 1918 auf seinem Neutergang in der Feldmark Groß-Lübbers den Maurer Ulrich an, der in einer Schenke vor einem Raninchenbau Nege auslief. Als dieser ihn bemerkte, ging er auf ihn los und schloß ihn an der Brust. Demmin versuchte sich loszureißen, worauf Ulrich ihn in das Gesicht schlug und niederwarf. Dann ließ er mit den Worten: „Du verfluchter Bengel, mach daß du fortkommst, jetzt hole ich meine Fehlgeld“, in die Schenke zurück. Demmin sprang auf, ergriff sein Gewehr, das ihm entfallen war, und schloß. Ulrich wurde in die rechte Schläfe getroffen und fiel sofort tot zur Erde. Demmin hatte sich wegen Totschlags zu verantworten, behauptete aber, er habe in Notwehr geschossen. Geschossen habe er auf sieben Schüsse Entfernung aus nächster Nähe auf ihn geschossen. Festgestellt ist später, daß Ulrich kein Frettierler besaß. Die Staatsanwaltschaft hat den Angeklagten freigelassen.

Wauen. Der Unterricht in den Volks- und Fortbildungsschulen ist nach den früheren Stundenplänen wieder aufgenommen worden, nachdem in den Volksschulen zuletzt nur nachmittags unterrichtet wurde, während die Fortbildungsschulen noch vollständig pausierten. Um auch weiterhin möglichst viel von den noch immer knappen Kohlen zu sparen, werden die Schulen teilweise nur stufenweise beheizt und die Klassen in einem Flügel vereinigt, unter Ausnutzung der Sonnenwärme.

Werdau. Die hiesigen Bahnhöfe (Haupt-, Nord- und Westbahnhof) waren am Sonntag sämtlich wegedurchfahren und von vielen Reisenden nach Wuster, Mehl usw., die aus dem Thüringischen und Altenburgischen nach hier kamen resp. hier weitergehen wollten, polizeilich besetzt. Auch auf Station Chursdorf, wo der Verkehr jetzt ganz besonders stark war, wurden bereits beim Einsteigen Durchsuchungen vorgenommen. Das Ergebnis der Durchsuchung ist noch nicht bekannt.

Waldheim. Mit Rücksicht auf den gedrückten Stand im Holzmarkt wurde beschlossen die sächsischen Körperkassen den Holzwirten für dieses Jahr die Biersteuer zu erlassen.



## Ekkehard.

54] Historischer Roman von Joseph Victor von Scheffel.  
Zwanzigstes Kapitel.  
Von deutscher Heidenlage.

Auf dem Gipfel des Hohenwiel, innerhalb der Burgmauern, war ein zierlich Gärtelein angelegt; ein fester Felsvorsprung, von Mauerwerk eingefaßt, umschloß den mäßigen Raum. Es war ein feiner Platz, als wie eine Hochwacht, denn steil abwärts sprang der Fels, also, daß man, über die Brüstung gelehnt, einen Stein mochte hinabgleitend ins tiefe Tal, und wer sich am Ausspähen erfreute, der mochte Umschau halten über Berg und Fläche, und See und Alpenpässe, keine Schranke hemmte den Blick.

Im Gärtelein des Gärteleins lag ein alter Ahorn vergnüglich seine Wipfel im Winde rauschen, schon war das bellgelbe Samenforru reif und gebräunt und wickelte auf die schwarze Blümenerde hernieder; — eine Peltzer war an den grüngrauen Stamm gelehnt, zu Füßen stand Praxedis und hielt die Enden eines schweren, langen Zeltgefäßes, in den Ästen aber sah Burkard, der Klosterschüler, mit Nagel und Hammer und suchte das Tuch festzunageln.

Achtung! rief Praxedis, ich glaube, du schaust dem Storch nach, der dem Kirchsturm von Raboltszell entgegenfliegt. Pöhl auf, du Ehrenpreis aller lateinischen Schüler, und schlag mir den Nagel nicht neben den St.

Praxedis hatte das Tuch mit der Linken emporgehalten, jetzt ließ es der Klosterschüler fahren, da zog sich gewichtig herab, rief von dem lässig eingelagerten Nagel und laut schwersällig, so daß die Griechin schier ganz drein begraben ward.

Barie, Pöhlher! schalt Praxedis, wie sie sich aus der groben Umhüllung vorgewickelt, ich werd einmal nachsehen, ob es keine grauen Haare mehr abzuschneiden gibt.

Raum war das letzte Wort gesprochen, so ward der Klosterschüler auf der Peltzer sichtbar, er kletterte die Sprossen bis zur Dämmen nieder, dann sprang er mit gleichen Füßen auf das Tuch und stand vor Praxedis.

Seht Euch, sprach er, ich will mich gern wieder strafen lassen. Ich hab heut nacht geträumt, Ihr hättet mir alle Haare ausgerauft und ich wär mit einem Kahlkopf in die Schule gekommen und es hätt mich gar nicht gereut.

Praxedis schlug ihm leicht auf das Haupt.

Werd nicht zu äppig in den Perlen, Männlein, sonst wird dein Rücken ein Tanzboden für die Rute, wenn du wieder im Kloster bist. Aber der Klosterschüler dachte nicht an den lässigen Schatten seiner Hörfüße. Er stand unbeweglich vor Praxedis.

Kun? sprach sie, was gibst du noch? Was begehrst du?

Einen Kuß antwortete der Jüngling der freien Künste.

Hört mir den Jauntönig an! Iherzje Praxedis. Was hat Eure Weisheit für Gründe zu solchen Begehren?

Die Frau Herzogin hats auch getan, sagte Burkard, und Ihr habt mich schon über ein Duzendmal aufgefordert, ich soll Euch die Geschichte erzählen, wie ich mit meinem alten Freund Romelos vor den Hunnen geflohen und wie er als ein tapferer Held gestritten hat. Das erzählt ich Euch, aber nur um einen Kuß.

Hörte, sprach die Griechin mit ernst verzogener Miene, ich muß dir etwas sehr Merkwürdiges mitteilen.

Was? fragte der Knabe hastig.

Du bist der törichtste Schlingel, der je einen Kuß über eine Klosterschulter geschmeißelt. . . sprach sie, verstrickte ihn schnell in ihre weichen Arme und küßte ihn herz auf die Nase.

Wohl bekomms! rief eine tiefe Bassstimme von der Gartenterrasse her, wie sie den Knaben schallhaft von sich ließ. Es war Herr Spazzo.

Schönen Dank! sprach Praxedis unbeteiligt. Ihr kommt gerade recht, Herr Kämmerer, um bei Aufrichtung des Zeltes zu helfen. Mit dem törichtsten Knaben bring ichs heut nicht mehr zu stand.

So scheint es! sprach Herr Spazzo mit einem dreifachen Blick auf den Klosterschüler. Der hatte Angst vor des Kämmerers grimmen gestricheltem Schnurrbart und drehte sich einen Rosengebüsch zu. Astronomie und Metrik, Aristoteles in der Ursprache und rote Frauenlippen schwebten in tangendem Durcheinander durch das fünfzehnjährige Gemüht.

Wißt keine besseren Leute zu küssen im Hohenwiel Burgfrieden, Jungfräulein? fragte Herr Spazzo.

Wenn man je eine Schmeichelei hätte, war Praxedis Antwort, so sind die besseren Leute ausgesritten und saßen in Nacht und Nebel herum und kommen erst am hellen Tag in einem Ansehen wieder heim, daß man meinen könnte, sie hätten Irrlichter einsangen wollen.

Da hatte Herr Spazzo seinen Teil. Er hatte aber ein Gelübde getan, von seinem nächsten Mit samt Ruckdruck und vince luna kein Wortlein zu verplaudern. Wozu soll ich Euch helfen? fragte er demütlich.

Eine Taube herrichten! sprach Praxedis. In abendlicher Sommerhitze will die Herzogin hier Hof halten — es sollen Geschichten erzählt werden, alte Geschichten, Herr Kämmerer, sie wunderbarer desto besser! Unsere Herrin hat das Lateinische latt bekommen, sie will uns was andres, Ungeschriebenes, Einheimisches . . . Ihr müßt auch Euer Scherzlein beitragen.

Gott sei meiner Seele gnädig! sprach Herr Spazzo, wenn unter einer Frauen Herrschaftsführung nicht alles wunderbar herginge, so müßt man sich noch verwundern. Wißt keine fahrenden Säger und Seitenspieler mehr, die um einen Helm voll Weines und eine Pfirsichs die Rechte heller singen von derlei Mären? Da steigen wir hoch im Wert! Landflüchtige Possenreißer, Varden und derlei müßige Gesellschaft soll man mit Nutzen anschauen, und wenn sie drum klagen, sei ihnen der Schatten eines Mannes an der Wand verabschiedet als Entgelt. Ich dank für die Ehre.

Ihr werdet tun, was befohlen wird, als getreuer Dienstmann, der noch Rechenschaft schuldig ist über gewisse Geschäftsführungen beim kaiserlichen Weintrug, sprach Praxedis. Es ist doch lustiger, als Latein zu buchstabieren. Habt Ihr keine Lust, den gelehrten Herrn Ekkehard auszuküßchen?

Der Wind leuchtete dem Kämmerer ziemlich ein. Gebt mir den Luchzipfel, sprach er, daß wir das Zeltdach spannen. Er trat zum Ahorn auf und festigte die Enden im Gestir. Gegenüber waren hohe Stangen eingeschlagen, von blauer Bohnenblüte umrankt, dahin trat Praxedis das Gestirh an seinen andern Enden; in kurzem hing die schattige Decke über dem lustigen Mann, die grauweiße Leinwand schimmerte annützig zum Gelblich der Blätter und Ranken, es war eine lustige Gartenfrist.

Der Bepferwein möchte sich annützig hier trinken lassen, sagte Herr Spazzo halb betrübt über das, was bevorstand. Praxedis aber ordnete Tische und Stühle, der Herzogin Polsterstuhl mit dem durchbrochenen Schweißwerk lehnte sich an den Stamm des Ahorns, niedrige Schemel für die andern, ihre Laute hatte sie herunter und setzte sie auf den Tisch, Burkard aber mußte einen großen Blumenstrauch binden, der ward vor den Herzogin gestellt. Dann band die Griechin einen roten Seidenfaden um den Baumstamm, zog bis zur Bohnenhecke hinüber und von dort zur Mauer, so daß nur ein schmaler Durchgang frei blieb. So! sprach sie vergnügt, jetzt ist unser Klauderstall umgrenzt und umfriedet, wie König Laurins Rosengarten, die Mauerer sind wohlfeil herzustellen.

Die Herzogin freute sich ihres Einfalls und schmückte sich mit einer gewissen Abficht. Es war noch früh am Abend, da legte sie zur Taube hinab. Während rauschte die stolze Erscheinung einher; sie

hatte ein weites Gewand umgetan, Saum und Kermel mit schimmerndem Gold durchstrickt, ein sahgrauer, mantelartiger Ueberwurf wallte bis zum Boden herab, von edelsteinbesetzten Agraffen gehalten; übers Haupt trug sie ein schleierartig Gewebe, licht und durchsichtig, von goldenem Stirnband anschlängelnd zusammengehalten. Sie griff eine Rose aus Burkards Strauß und bestete sie zwischen Band und Schleier.

Der Klosterschüler, der schon nahe daran war, Klaffter und freie Rünste zu vergessen, hatte sich die Gnade erbeten, der Herzogin Schleppe zu tragen, und ihr zu Ehren ein Paar abenteuerliche Sänneleiße, an beiden Seiten mit Ohren versehen, angelegt und machte sich verklärte Gedanken über das Glück, einer solchen Gebieterin als strommer Bedienter zu dienen.

Praxedis und Herr Spazzo traten mit ein. Die Herzogin schaute sich flüchtig um: Ist Meister Ekkehard, zu dessen Belehrung wir den Abend geordnet, unsichtbar? Er war nicht erschienen.

Mein Chein muß krank sein, sprach Burkard. Er ist gestern abend mit großen Schritten in seiner Turmstube auf und nieder gegangen, und wie ich ihm die Sternbilder vor dem Fenster erklären wollt, den Hür und Orion und den mattschimmernden Plejad der Plejaden, hat er mir keine Antwort gegeben. Dann hat er sich angekleidet aufs Lager geworfen und im Schlaf gesprochen.

Was hat er gesprochen? fragte die Herzogin.

Meine Taube, hat er gesagt, die du in den Spalten der Felsen dich verbirgst und den Rügen des Gesteins, zeig mir dein Angesicht, laß deine Stimme klingen in meine Ohren, denn die Stimme ist lüch und dein Angesicht schön; und ein andermal hat er gesagt: Warum küßst du den Knaben vor meinen Augen? was hoff ich und säum ich noch in lässigen Stunden?

Da schauts gut aus, süßster Herr Spazzo der Griechin zu, habt Ihr das auf dem Bewissen?

Die Herzogin aber sprach zu Burkard: Du wirst selber geträumt haben. Spring hinauf und such deinen Ohn, daß er heruntersteige, wo wir seiner warten.

Sie ließ sich annützig auf dem thronartigen Eis nieder. Da kam Ekkehard mit dem Klosterschüler in den Garten. Er sah blaß aus; sein Blick war unsäht und trüb. Er neigte sich stumm und setzte sich an des Tisches entgegengesetztes Ende. Burkard wollte seinen Schemel zu Füßen der Herzogin rücken wie gestern, da sie Birgill lasen, aber Ekkehard stand auf und zog ihn an der Hand zu sich herüber. Hört! sprach er. Die Herzogin ließ ihn gewähren.

Sie schaute in die Runde. Wir haben gestern behauptet, sprach sie, daß wir in unsern deutschen Sagen und Geschichten so viel schöne Gelegenheit zu Kurzweil besitzen, als weiland die Römer in ihrem Heidenland von Aeneas. Und sicher weiß ein jedes von und etwas von schnelleren Feldern Wechten und fester Burgen Brechen, von treuer Lieblichen Scheidung und reicher Könige Bergangnis; des Menschen Herz ist mannigfach geartet, was der eine selbst liegen läßt, mutet den andern an. Darum haben wir die heutige Tagesfahrt geordnet, daß von jedem unsrer Getreuen, wie das Los entscheidet, ein annützig Stück erzählt werde, und behalten uns vor, dem Iherzreichenden einen Preis auszusprechen. Steht einer von euch Männern, so müß er das alte Trühhorn gewinnen, das aus König Dagoberts Zeiten her droben im großen Saal hängt; liegt meine treue Praxedis, so wird ein Schmuckstück ihrer harren. Dalmzug bestimme den Anfang!

Praxedis hatte vier Grassalme von verschiedener Länge geordnet und reichte sie der Herzogin.

Soll ich für den jungen Verdienstler auch ein Hälmlein beifügen? fragte sie.

Aber Burkard sprach mit weinerlicher Stimme:

Ich bitt Euch, verschonet mich. Denn wenn meine Lehrer in Sankt Gallen erfahren möchten, daß ich mich wiederum an unübigen Mären ergötze, so würd ich gestraft wie damals, als mir aus Romelos Wächterstube die Geschichte vom alten Hildebrand und seinem Sohn Sabudrand ausföhreten. Der Wächter hat immer selbe Freude dran gehabt und hat uns selber die höhern Hölle geschmückt und die langen dreieckigen Schilde; ich bin der Sohn Sabudrand gewesen und mein Wächter Ekkehard machte den alten Hildebrand, weil er eine so große Unterlippe hat wie ein alter Mann. Und wir sind aufeinander eingetrichtert, daß eine Staubwolke zu des Romelos Fenster hinauswirlte; just hatte Notker den Arming losgelöst und mir als Gabe gereicht, wie das Lied es vorschreibt, und ich sprach zu ihm:

Du schenkt mir, alter Heime, doch allzu schlau; lockst mich mit deinen Worten, willst mich mit deinem Speere werfen; bist du so zum Alter gekommen, daß du immer trögest? mir kündenst Seefahrende weiltich über den Wendesee; hinweg nahm ich der Krieg, tot ist Hildebrand, Verdrands Erzeuger!

Da kam Herr Malot, unser Lehrer der Rhetorica, herausgeschlichen und fuhr mit seiner großen Rute so grimmig zwischen uns, daß Kopf und Schild und Schwert den Händen entfielen: den Romelos schalt er einen altväterlichen Värenhäuter, der uns von unüblichem Studium ablenke, und mein Kamerad Notker und ich sind drei Tage bei Wasser und Brot eingesperet gewesen und haben zur Strafe fünf Hildebrandspiel jeder hundertfünfzig lateinische Hexameter zu Ehren des heiligen Cöran anfertigen müssen . . .

Die Herzogin lächelte. Da sei Gott für, daß wir dich wiederum zu solcher Silnde verleiteten, sprach sie.

Sie feste die Hölme in der Rechten zusammen und reichte sie annützig den andern zum Ziehen. Ekkehard's Augen haleteten unverricht auf der Rose am Stirnband, wie er vor sie trat. Sie mußte ihn zweimal auffordern, bis er zog.

(Fortsetzung folgt.)

## Unre Schmucksteine.

II.

Aluminium kennt jetzt jedes Kind. Ich war 21 Jahre alt, als ich Aluminium zu sehen bekam: denn damals kostete 1 Kilogramm dieses seltenen Metalls in Paris 2000 Franc und kam im praktischen Leben nicht zur Verwendung. Jetzt ist der Preis bis auf etwa 4 Mk. gesunken, und seine vielfältige Anwendung ist bekannt. Wenn sich Aluminium mit dem farblosen — und darum unsichtbaren — saichmadlofen und geruchlosen Sauerstoff verbindet, so entsteht Aluminiumoxyd, das sich als Mineral findet und Korund heißt, ein sehr hartes Mineral, das freilich mit seiner Härte 9 an die des Diamants mit der höchsten Härtestufe 10 nicht heranreicht, aber immerhin noch ein Mineral der Edelsteingruppe ist. Der gemeine Korund ist von dunkler, fast schwarzer Farbe und kann keinen Anspruch machen auf Einreihung in die Schmucksteingruppe. Er findet nur Verwendung als Schleimmaterial, und besonders die durch etwas Eisenoxyd und Kieselsäure verunreinigte Varietät, die unter dem Namen Schmirgel bekannt ist. Aber er kommt auch durchsichtig und rot gefärbt vor und ist unter dem Namen Rubin ein Edelstein, der unter Umständen noch mehr kostet als ein Brillant. Durchsichtiger blauer Korund heißt Saphir. Dieser kommt häufiger vor als der Rubin und ist deshalb nicht so wertvoll. Beide Edelsteine finden sich namentlich auf Ceylon, ferner in Birma, Siam, der Mongolei, Australien und Nordamerika. Auch der Ural ist hier von Bedeutung und liefert namentlich Rubine. Die Farbe beider Edelsteine rührt von Metalloxyden her, und zwar die blaue Farbe

des Saphirs von Eisenoxyd und Titanoxyd, die rote des Rubins von Chromoxyd in wechselnden Mengen. Deshalb treten diese Steine in verschiedenen Nuancen auf; ja sogar hell- und dunkelgrüne Saphire gibt es. Nur diese verschiedenen Nuancen, die die Juweliere im allgemeinen Phantastesteine nennen, haben sie besondere Namen und sprechen von orientalischem Topas, Smaragd, Amethyst, von Kaprubin und sibirischem Rubin. Die beiden letzteren sind überhaupt keine Korunde, sondern der Kaprubin ist ein Granat, und der sibirische Rubin roter Turmalin, der sich in Sachsen bei Wolkensburg findet.

Wie beim Diamant, so findet man auch hier zahlreiche Nachbildungen aus Glas, die man gewöhnlich Strach nennt, da sie der Wiener Glasbläser Straher, ein Zeitgenosse Maria Theresias, zuerst darstellte und in den Handel brachte. Alle die Imitationen sind von echten Steinen sehr leicht durch die Härte zu unterscheiden; denn das härteste Glas, wenn es nicht das der Neuzeit angehörende Quarzglas ist, dürfte die Härte 7 nicht erreichen. Während es bis jetzt noch nicht gelungen ist, wirkliche Diamanten zu praktischen Gebrauch herzustellen, erzeugt man jetzt auf dem Wege der Synthese wirkliche Rubine und Saphire. Bereits in der Mitte des vorigen Jahrhunderts stellten mehrere französische Chemiker zahlreiche Experimente zur Darstellung synthetischer Rubine und Saphire an, aber alle ihre Versuche waren erfolglos, bis es Grémy und Verneuil gelang, zu wirklich brauchbaren Resultaten zu gelangen. Jetzt werden von den Elektrochemischen Werken in Bitterfeld synthetische Rubine und Saphire hergestellt, die physikalisch wie natürlich mit den natürlichen vollkommen identisch sind, so daß sie in den meisten Fällen selbst von Fachleuten nicht als Kunstprodukte erkannt werden. Deshalb wandern auch viele von ihnen nach Ceylon und setzen dann als Naturprodukte wieder zu und zurück. Wer Wohlgefallen an diesen herrlichen Edelsteinen hat, kann also ganz ruhig zu den höchst wohlfeilen synthetischen greifen; denn wenn auch der Preis der natürlichen Saphire und Rubine durch die wissenschaftliche Erzeugungsschaff bedeutend gesunken ist, so weiß man schließlich doch nicht, ob man sich nicht für vieles Geld einen Schmuckstein erworben hat, den man für einige Mark hätte haben können.

Der Chrysoberyll schließt sich mit seiner Härte 8,5 an den Korund an; er sieht stets grün aus, allerdings in verschiedenen Nuancen, besteht aus Beryllium- und Aluminiumoxyd. Sein wichtigster Fundort ist Brasilien, wo er in den Edelsteinfeldern neben Diamant vorkommt. — „Seifen“ im mineralogischen Sinne nennt man Geröll- und Sandablagerungen der Flüsse. — Außerdem findet er sich auf Ceylon, in Hinterindien, im südlichen Ural, bei Pellingford in Finnland, bei Marschendorf in Mähren und an andern Orten. Eine besondere Art ist der Alexandrit, der keinen Namen dem Umstande verdankt, daß er 1830 am Tage der Großjährigkeit Alexanders II. von Rußland im Ural entdeckt wurde. Er steht im Lagerstätten Smaragdgrün, bei künstlicher Beleuchtung blutrot aus. Er ist besonders in Rußland sehr beliebt, weil Grün und Rot die Farben der russischen Krönadlaube sind. Ein schöner Alexandrit steht im Preise dem Brillant nicht nach. Auch ein synthetischer Alexandrit wird jetzt in den Handel gebracht, der ebenfalls seine Farbe nach der Beleuchtung ändert, aber seiner chemischen Zusammensetzung nach der Korundgruppe angehört.

Der Spinell besteht aus Aluminiumoxyd und Magnesiumoxyd und sieht meist rot in allen Nuancen aus, doch kommen auch farblose, blaue und grasgrüne Spinelle vor. Der Spinell findet sich auf Ceylon, in Ostindien, Siam, Birma, Neu-Gibwales, Südburgen, Tirol, am Raacher See in der Rheinprovinz und am Vesuv. Als Schmuckstein kommt vorzugsweise der edle Spinell in Betracht, der dem Rubin täuschend ähnlich ist, sich aber von diesem durch seine Härte 8 und besonders dadurch unterscheidet, daß er bei der Durchsicht in allen Richtungen dieselbe Farbnuance zeigt, während dies beim Rubin nicht der Fall ist. Ein blauer Spinell mit violettem Scheln heißt Balasrubin; ist die violette Farbe besonders stark, so spricht man, wie beim echten Rubin, von orientalischem Amethyst. Eine blaue Varietät wird Saphirspinell oder Saphirin genannt. Der sehr eisenhaltige Ceylonit oder Leonast ist dunkelgrün bis fast schwarz, und Chlorospinel nennt man eine granuline Varietät, die besonders im Ural vorkommt. Den Spinell stellt man jetzt auch synthetisch dar, was an einer bedeutenden Entwertung dieses Schmucksteins geführt hat.

Topas ist ein sehr bekanntes, aber meist falsch gebrauchtes Wort, da die Juweliere darunter in der Regel, vielleicht auch stets, den gelben Edelquarz, den Citrin oder Goldtopas verstehen. Der Topas ist eine Verbindung von Aluminiumoxyd mit Kieselsäure und Fluor. Er hat die Härte 8 und ist farblos, zuweilen wasserhell, aber meist gefärbt, und zwar gelblichweiß, weiß bis honiggelb, rötlichgelb bis violett und blau, grünlichweiß bis spargelgrün. Die fälschlichen Topase, die sich am Schneckenstein im Bocklande, ferner bei Ehrenfriedersdorf, Altenberg und Penz in einem Quarzgestein, dem Topasfels, finden, sind meist weingelb. Wasserklare oder blaugrünliche Topase finden sich besonders in Brasilien, wo sie „Wassertropfen“ genannt werden. Hier findet man auch hell- bis rosarote Topase. Blaue und grün kommen meist im Ural und in Sibirien vor. Eine Eigentümlichkeit der Topase ist, daß sie ihre Farbe durch Glühen verändern; so kann man z. B. die blaßgelbe Farbe durch vorfälliges Glühen, dem sogenannten Brennen, und langweines Abkühlen in ein schönes Rot überführen. Die Farbe der meisten im Handel vorkommenden roten Topase ist auf diese Weise entstanden. Infolge der Entdeckung der brasilianischen Topase ist der Preis dieses Schmucksteins bedeutend gesunken. Mehr als 10 Mk. kostet 1 Karat, also etwa 1/3 Gramm, in der Regel nicht.

Dem Topas sehr nahesteht ist der Andalusit. Er ist kieselsaures Aluminium — also Aluminiumoxyd und Siliziumoxyd oder Kieselsäure —, hat die Härte 7—7,5 und kommt mit roter und grüner Farbe in den verschiedensten Nuancen namentlich in Brasilien vor. Als Schmucksteine kommen nur die seltenen, rein durchsichtigen Kristalle in Betracht. — Der schön fornbuntenblaue Granit — „Wald zum Kranze die goldenen Nerven, flüchtet auch blaue Granen hinein“ sagt Schiller — ist ebenfalls kieselsaures Aluminium, hat der Länge nach die Härte 5, der Quere nach die Härte 7 und findet sich namentlich im Glimmerschiefer der Alpen, bei Gvetner im Rißertal und am St. Gotthard, ferner bei Penz und an vielen andern Orten. Er wird vielfach fälschlich als Saphir verkauft.

Einer der schönsten, beliebtesten und teuersten Schmucksteine ist der Smaragd, der „Vornehme“ der Beryllgruppe. Der Beryll besteht aus Berylliumoxyd (Beryllerde), Aluminiumoxyd (Tonerde) und Siliziumoxyd (Kieselsäure). Er hat die Härte 7,5—8 und ist farblos, zuweilen wasserklar, doch meist gefärbt, und zwar hell- bis dunkelgrün, tropf- und wachsgelb, malte- bis fast himmelsblau, sehr selten tiefrot. Die schönste dunkelgrüne Varietät ist der Smaragd, den man im Grünen Gewölbe in Dresden in prächtigen Exemplaren in Augenschein nehmen kann. Die meisten und schönsten im Handel vorkommenden Smaragde liefern Kolumbien aus der Muzogruße bei Boyota. Seit 1830 liefert auch der Ural aus der Gegend östlich von Katharinenburg herrliche Smaragde. Eingebettet in Glimmerschiefer findet man den Smaragd im Halbochtal in den Salzburger Alpen. Farblose und gelbliche Berylle kommen als Schmucksteine weniger in Betracht, wohl aber eine meergelbe Vari-



